

■ Was ist mit der Montagsdemo?

Der Sprecher des Leipziger Sozialforums gibt Auskunft über Komplikationen – und macht Mut zur Teilnahme. **Seite 2**

■ Heute dicht – morgen gebraucht

Bald wird in Sachsen die 1000. Schule geschlossen, obwohl die Geburtenrate wieder zunimmt. **Seite 3**

■ Erla-Siedlung – zwei Sichten

Zu dem Wohngebiet gibt's verschiedene Standpunkte. Zumindest zwei haben ihre Logik. **Seite 4**

■ Unfreiwillige Lehrjahre

Wie Karl Nuß die Kriegsgefangenschaft in der Sowjetunion erlebte. **Seiten 8/9**



Auf dem Wege zur Aggressionsarmee

„Es ist nicht auszuschließen, dass künftig deutsche Soldaten in militärischen Auseinandersetzungen getötet werden.“ Mit diesen Worten ergänzte Verteidigungsminister Struck die Mittelost- und Asienpolitik der deutschen Außenpolitik („Handelsblatt“ v. 6. 6. 05). Er bezieht sich dabei auf die mobilen EU-Kampftruppen für weltweite Auslandseinsätze („Battle Groups“), bei deren Aufbau das deutsche Militär eine dominierende Rolle einnimmt. So wird die BRD an sechs der dreizehn geplanten „Battle Groups“ von je 1500 Mann beteiligt sein, wie aus den dazu von Verteidigungsstaatssekretär Eickenboorn in Brüssel unterzeichneten Vereinbarungen hervorgeht. Die Bundeswehr wird erstmals im ersten Halbjahr 2006 die Führung eines Verbandes übernehmen, an dem auch Frankreich beteiligt ist. Gegenwärtig sind 6480 Bundeswehrsoldaten im Ausland stationiert.

Die Bundeswehr hat damit nach 50 Jahren einen vorläufigen Höchststand ihrer Entwicklung zu einer Aggressionsarmee erreicht, die weltweit zur Sicherung deutscher Interessen einsetzbar ist. Die Grundlagen dieser Entwicklung wurden bereits bei der Vorbereitung der Remilitarisierung der BRD durch das 1950 speziell dazu geschaffene „Amt Blank“ gelegt, in dem Generäle und hohe Offiziere der Wehrmacht (Speidel, Heusinger u. a.) die Konzeption für eine Armee der Bundesrepublik entwickelten. Einen Monat nach dem Inkrafttreten der Pariser Verträge und dem damit verbundenen Eintritt der BRD in die NATO wurde am 7. Juni 1955 das „Bundesministerium für Verteidigung“ und damit die Bundeswehr geschaffen. Das ursprüngliche Image einer reinen Verteidigungsarmee hielt jedoch nicht lange vor. Schrittweise erfolgte die Umwandlung zu einer offensiv handlungsfähigen Armee. Durch ihre Dominanz in den mobilen Einsatzkräften der EU glaubt die deutsche militärische Führung die seit langem angestrebte selbständige Verfügungsgewalt über Kernwaffen zu erhalten – Bundeswehrpiloten werden bereits seit Jahren in Büchel für den Einsatz von Kernwaffen ausgebildet.

• HELMUT ULRICH

Linksbündnis ja, aber ... !

„Ein leichter Schlag auf den Hinterkopf fördert das Denkvermögen.“ Man muss dieses – zugegeben aus einer anderen Zeit stammende – geflügelte Wort ja nicht allzu wörtlich nehmen. Aber im übertragenen Sinne stimmt – und wirkt es, so scheint es jedenfalls. Immerhin suchen PDS und WASG unter dem Druck der sozialen und überhaupt der politischen Gegebenheiten in diesem Lande einen akzeptablen Weg, bei der kommenden Bundestagswahl nicht gegeneinander, sondern gemeinsam zu agieren. Der Zeitdruck mag dabei förderlich sein. Wichtiger dabei die Erkenntnis beider Partner, dass die derzeitige verheerende rosa-grüne Politik wie die womöglich nachfolgende schwarz-gelbe oder gar rosa-schwarze Politik ein starkes linkes Gegengewicht braucht. Wer in diesem Land im Kapitalismus das Grundübel sieht, dem dürfte es nicht schwerfallen, Gemeinsamkeiten in den Programmen beider Parteien zu finden, auch wenn die WASG die Perspektive lediglich im Sozialstaat und nicht wie die PDS im Sozialismus sieht. Bleibender Zündstoff also genug.

Nicht leicht zu verstehen ist die von einflussreichen PDS-Leuten in die Diskussionsrunde geworfene Bereitschaft, zugunsten einer Linksalianz auf den Namen PDS völlig zu verzichten. Es war wieder einmal Sahra Wagenknecht, die im Parteivorstand der PDS einen klaren Standpunkt vertrat und sich auch öffentlich gegen die Demut wehrte, „als müsse die PDS dafür dankbar sein, dass sich überhaupt Leute finden, die in ihr einen akzeptablen Kooperationspartner sehen. Die Behandlung der PDS als Schmutzkind kennen wir seit nunmehr 15 Jahren“, betonte sie und nannte als Fundament den in der Alt-Bundesrepublik tief verwurzelten Antikommunismus. Um so schlimmer, wenn der willkommen Partner Lafontaine diese Stimmung bedient, womöglich ungewollt. Seine Bereitschaftserklärung, auch auf der offenen Liste der PDS – der „Nachfolgepartei der SED“ – zu kandidieren, hatte er immerhin mit der Bemerkung verbunden, es habe in der Bundesrepublik nach dem Krieg auch „viele ehemalige NSDAP-Mitglieder in den Parteien“ gegeben. Sahra Wagenknecht unmissverständlich: „Er tritt an, und unterwirft sich schon bei den ersten Angriffen dem unerträglichen Vergleich von Rot und Braun. Vielleicht bemerkt er es nicht einmal, was er damit jedem PDS-Mitglied zumutet, das seine eigene Würde nicht auf der Dreckhalde des Mainstreams entsorgt hat. ... Eine anti-kommunistisch ausgerichtete Linke kann und wird es auf Dauer nicht geben.“ Zeit, dass sich das auch im Westen herum-spricht, wo man die politische Kraft und die Akzeptanz der PDS bei großen Teilen der ostdeutschen Bevölkerung noch kaum wahrnimmt.

• M. WARTELSTEINER

Haushaltskrise wird handgreiflich

Was am Jahresende vielen möglicherweise nur als ein ungelöstes Rechenexempel erschien – der Versuch, einen tragfähigen Etat der Stadt zuwege zu bringen –, offenbart nun krasse Konsequenzen. Trotz bereits festgeschriebener Restriktionen (Stellenabbau, zeitweilige Gewerbe- und Grundsteuererhöhung, Investitionsverzicht u.a.) war eine Deckungslücke von 103 Millionen Euro geblieben. Das Regierungspräsidium verlangte nun, bis 2009 einen ausgeglichenen Haushalt zu gewährleisten. Die Überlegungen und Maßnahmen der Stadt zielen in zwei Richtungen: Die eine ist die weitere unmittelbare Belastung der Bürger, die andere die Privatisierung kommunalen Vermögens.

Erstere beginnt schon in wenigen Wochen mit der (wievielen?) Fahrpreiserhöhung bei Straßenbahn und Bus. Ähnlich rücksichtslos ist die Abweisung der Proteste gegen die mit der DHL-Ansiedlung drohende Lärmbelästigung. (LVZ: „Arbeit ist wichtiger als Ruhe.“) Dabei wird sich zeigen, dass die DHL ebenso wenig Arbeitsplätze bringt wie BMW! Die Strompreise wurden erst jüngst heraufgesetzt. Opernkarten werden in der neuen Saison teurer ... Und insgesamt bleibt das bedrohliche Gefühl, dass das alles noch nicht das letzte Wort war.

Was die angedachte Verschleuderung kommunalen Eigentums betrifft – Stadtwirtschaftsbetriebe, Klinikum St. Georg, Immobilien – sind dies Aktionen, die früher oder später ebenfalls auf den einzelnen zurückschlagen, vor allem in Form von steigenden Gebühren, denn private Investoren legen einzig um des Gewinns willen ihr Geld an.

Zweifellos ist die Kommune eher Betroffener als Urheber der Misere, aber bedenklich ist doch, dass man keine Gegenwehr gegen die unsäglichen kapitalistischen Rahmenbedingungen verspürt.

• GÜNTER LIPPOLD



Eine Frage an THOMAS BLOCH,
Sprecher des Leipziger Sozialforums

Wird montags noch demonstriert?

Aber klar. Allerdings beginnt seit drei Wochen für einige Leipziger die Montagsdemo in Schönefeld an der Haltestelle Löbauer Straße. Beim ALG II-Regelsatz von 18,11 Euro im Monat für öffentlichen Nah- und Fernverkehr gibt es kaum eine Alternative zu diesem Fußmarsch ins Zentrum.

Bevor wir jedoch losgehen, sammeln wir noch Unterschriften und reden mit Passanten. Dabei hörten wir bereits Fragen wie: „In der LVZ stand doch, die Montagsdemo gibt's nicht mehr.“ Andere wollen wissen, ob Pfarrer Führer wieder mitmacht. Am Pfingstmontag habe es doch keine Montagsdemo gegeben, oder? „Jeder erzählt was anderes.“

Die Montagsdemo lebt! Trotz einiger Verwirrungen. Was war passiert und was wurde in den bürgerlichen Medien nicht ganz sauber dargestellt? Im Herbst 2003 setzten Wilfried Helbig und Pfarrer Führer die Montagsdemos ab. Gegen den Protest der Demonstranten! Einige hielten dann wenigstens jeden Montag vor der Nikolaikirche eine Mahnwache gegen den Sozialabbau.

Dieser Demonstrationswille war nicht zu ignorieren. Also wurde wieder demonstriert und im Erich-Zeigner-Haus ein Sozialforum installiert; Wilfried Helbig erklärte sich zu dessen Sprecher. Im Sozialforum (das nunmehr als Veranstalter der Montagsdemos auftritt) gab es bald Differenzen, nicht nur um den von den Leipziguern zigttausendfach wahrgenommenen Auftritt Lafontaines. Vor allem wurde gefordert, Helbig möge sich einer demokratischen Wahl stellen. Er lehnte das ab und verließ das Sozialforum. Die Montagsdemos gingen weiter. Pfarrer Führer nahm nicht mehr teil, er sah das Anliegen der Montagsdemos durch eine parteipolitische Einflussnahme, nicht zuletzt durch die WASG, verletzt. Winfried Helbig äußerte zu dieser Zeit im Leipzig-Fernsehen und anderen Medien, die Montagsdemos gebe es nicht mehr. Zeitgleich zu den (stattfindenden!) Montagsdemos rief er nun zu Mahnwachen.

Für uns überraschend gab Pfarrer Führer Interviews, in denen er Hartz IV verteidigte. Zum Bei-

spiel in der *Braunschweiger Zeitung* vom 30. August 2004: „Sehen Sie, Hartz IV ist ja nicht der Abgrund, vor dem vor allem der Osten steht. Hartz IV ist vielmehr der endlich eingeleitete Beginn notwendiger Reformen unseres Sozialstaates. Als wichtige Aufgabe für die rot-grüne Bundesregierung steht aber nach wie vor, der Bevölkerung diese Reformen und deren Notwendigkeit zu erklären ...“

In der LVZ ließ er jüngst verlautbaren, Montagsdemos fänden wieder statt, nicht aber am Pfingstmontag. Er wusste bestimmt, dass wir zur Demonstration geladen hatten – ungeachtet von Wetter und Feiertagen. Als Sprecher des Sozialforums unterstreiche ich hiermit: Die Montagsdemos gehen weiter. Sie werden wie bisher von einem breiten Bündnis aus Gewerkschaften und Vereinen getragen, mit denen zusammenzuarbeiten Christian Führer, wie er vor wenigen Tagen erklärte, leider nicht interessiert ist.

Dem Kampf gegen den Sozialabbau ist eine Spaltung nicht dienlich.

Preisanstieg im Nahverkehr

LN. Der Mitteldeutsche Verkehrsverbund (MDV) plant zum 1. August dieses Jahres eine deutliche Preiserhöhung. Wie ein Sprecher der Verkehrsunternehmen mitteilte, sollen die Fahrkarten im öffentlichen Nahverkehr der Städte Halle und Leipzig um vier bis fünf Prozent teurer werden, in den Landkreisen ist eine Erhöhung bis vier Prozent möglich. In der Region steigen die Preise für Einzelfahrten im Schnitt um zehn Cent. Für Fahrten in einer Zone also von 1,40 auf 1,50 Euro und bei Zwei-Zonen-Fahrten von 2,20 auf 2,30 Euro. Allein für die Preishöhung in einer Zone konnte man zu DDR-Zeiten, als Staat und Kommune den Personentransport noch als ihre hoheitliche Aufgabe betrachteten, quer durch ganz Leipzig fahren.

Die neuen Tarife müssen von den Landesbehörden noch genehmigt werden. Der MDV begründet die Erhöhung mit sinkenden Bundeszuschüssen und wachsenden Betriebskosten zum Beispiel für Dieselkraftstoff.

(Seite 5)

Ein vergällter Geburtstag

Im Mai war Geburtstag. Der fünfte des Gesetzes zur Beschleunigung fälliger Zahlungen (Zahlungsmoralgesetz). Niemand feierte. Wer feiert auch Niederlagen?

Zur Erinnerung: Die Regierung Kohl wurde von Ostdeutschen angesichts der dramatischen Rechnungsprellerei um Hilfe ersucht, vergeblich. Nach dem Machtwechsel erneute Vorstöße bei der Truppe Schröder. Die Sache kam ins Laufen. Vor fünf Jahren brachte die Justizministerin Däubler-Gmelin das Werk durch den Bundestag. Die ohnehin gedämpfte Vorfreude der Beglückten erwies sich als verfehlt. Das Gesetz wurde vermutlich dank unqualifizierter Einflüsterer verwässert, die Umsetzungsbedingungen wurden verpfuscht. Eine Totgeburt.

Dem Handwerk werden nach aktuellen Angaben trotz dieses Gesetzes 66 Mrd. Euro an berechtigten Forderungen verspätet überwiesen, um 5 Mrd. Euro wurde es geprellt. Tausende werden so in die Pleite und deren Beschäftigte in die Arbeitsagenturen getrieben.

Die Öffentlichkeit hat an diesen Geburtstag nicht gedacht. Praktisch, solche Vergesslichkeit, jedenfalls für die Politik. Dem Vernehmen nach inszenieren drei Ostländer dennoch wieder einmal einen „Vorstoß in die richtige Richtung“ ...

• J. SPITZNER

Hamburg mit „modernstem“ Polizeigesetz

Am 8. Juni 2005 stimmte die Hamburgische Bürgerschaft mit den Stimmen der CDU-Mehrheit für das neue Polizeigesetz. Für den parteilosen Innensenator Udo Nagel „ein sehr guter Tag für Hamburgs Bürger ... Wir haben hiermit den Grundstein für mehr Sicherheit gelegt.“ Noch bevor das Gesetz die Abstimmung in der Hamburger Bürgerschaft passierte, kritisierte der Datenschutzbeauftragte der Stadt, Hartmut Lubomierski, einen Hang zum Überproduzieren von Sicherheit seit dem 11. September. Besonders beanstandet er die Ausweitung der Videoüberwachung an den öffentlichen Plätzen (worüber es zu Jahresbeginn einen Erfahrungsaus-

tausch mit dem in dieser Beziehung vorpreschenden Leipzig gab, weil der Osten für jeden Feldversuch gut ist – LN). Durch die vorgesehenen verdachtsunabhängigen Personenkontrollen könne nun jedermann zu jeder Zeit kontrolliert und sogar zwangsweise zur Polizeiwache gebracht werden. Damit, so der Datenschützer, bleiben die bürgerlichen Freiheiten auf der Strecke.

Aufgerüstet wird die Hamburger Polizei mit Lesegeräten für Aukennzeichen und mit Elektroimpulsgeräten, um Täter aus der Distanz angriffsunfähig zu machen (was bereits zu Todesfällen führte!). Im Gesetz ist auch im Detail der sogenannte „finale Rettungsschuss“ geregelt.

Lediglich die von Udo Nagel geforderte präventive Telefonüberwachung wurde aus dem neuen Hamburger Polizeigesetz gestrichen. Hier will der Hamburger Senat noch eine anstehende Entscheidung des Bundesgerichtshofs abwarten. Trotzdem hält der Innensenator die Telefonüberwachung für erforderlich. Mit seinem „modernsten“ – tatsächlich aber schärfsten – Polizeiregelwerk will Hamburg zum Vorbild für andere Bundesländer werden. Ob die Hansestadt nun sicherer wird, ist fraglich. Sicher ist, dass die Bürger um ein vielfaches ärmer werden in ihren Freiheiten.

• KARL-H. WALLOCH

Die offizielle Nachricht: Wegen Schülermangel werden 82 Schulen in Sachsen geschlossen, darunter 20 im Schuljahr 2005/2006. Von der Schließung sind überwiegend Mittelschulen (74) sowie sieben Grundschulen und zwei Gymnasien betroffen. Darüber hinaus bekommen 110 Schulen für eine oder mehrere Klassenstufen keine Lehrer mehr. Eine entsprechende Liste veröffentlichte das Kultusministerium. Die Schulträger wurden über die Entscheidung informiert. „Wir haben mit Augenmaß, aber konsequent entschieden. Dennoch wird es in Einzelfällen schmerzhaft für die Betroffenen sein“, sagte Kultusminister Steffen Flath. Das Kultusministerium habe nun seinen Beitrag für ein stabiles Schulnetz geleistet.

14 Leipziger Schulen ohne 5. Klassen – so wirkt sich das so genannte „bessere Schulkonzept“ der CDU-Staatsregierung aus, mit dem gesetzliche Mindestzahlen

Von **MARGITTA HOLLICK**

der 5. Klassen fest geschrieben wurden. Doch bei aller CDU-Selbsterhelligkeit, sitzt in Sachsen denn nicht die SPD mit im Regierungsboot? Naheliegender also die Anfrage des PDS-Landtagsabgeordneten André Hahn an Kultusminister Steffen Flath, in wie vielen Fällen die Schulschließungs- und Mitwirkungsentzugsliste des Kultusministeriums die Koalitionsvereinbarung zur Schulnetzplanung verletzte. „In keinem!“, behauptete Flath daraufhin – ohne zu erröten. Immerhin war öffentlichen Äußerungen des schulpolitischen Sprechers der SPD, Martin Dulig, zu entnehmen, dass in mindestens 80 Fällen gegen die Vereinbarung verstoßen worden sei. In Presseberichten ist inzwischen von mehr als hundert Verstößen die Rede. Die SPD-Vertreter schweigen betreten. Nebenbei: im Koalitionsausschuss sitzt auch der Leipziger Beigeordnete Burkhard Jung. Hahn nannte es zurecht unbegreiflich, wie es sich eine Koalitionsfraktion bieten lassen kann, dass ein Minister hunderte Bescheide an Schulen im Land verschickt, ohne dass sich vorher das Kabinett damit befasste, von einem Kabinettsbeschluss gar nicht zu reden. So führt man einen Koalitionspartner am Nasenring. Auch über die Geburtenzahlen – den offiziellen Hauptgrund für die Schulschließungen – sagen CDU-Vertreter im Land-

tag permanent die Unwahrheit. Tatsache ist: 1994 wurden in Sachsen 22 000 Kinder geboren. 10 Jahre später, 2004, hatten wir 33 000 Geburten. 50 Prozent mehr – zugegeben das ist noch kein Vergleich mit Vorwendezeiten. Dennoch, finden die 2004 Geborenen 2010 noch Schulen vor, um eingeschult werden zu können? Da ein intaktes Schulnetz rigoros zerschlagen wird, steht diese Frage tatsächlich. Schulen als Sparschwein, nicht als

finanzielle Mittel im Haushalt einstellen. Das wird er aber nur machen, wenn beide Schulen auch als stabile Schulen eingestuft sind. Ich bin der festen Überzeugung, dass man bei entsprechender Kommunikation des Regionalschulamtes mit den Eltern die Kant-Schule hätte retten können. Aber ist dieser Prozess überhaupt gewollt? Kultusminister Flath hat ja bereits erklärt, dass er von der Liste der betroffenen

dem Stadtbau in Grünau Zeichen zu setzen, um die Abwanderungen der Familien zu stoppen, sprach das Kultusministerium aus der Dresdner Ferne einen „Mitwirkungsentzug“ für die 84. Mittelschule für Klasse 5 (das heißt in normalem Deutsch, es wird keine 5. Klasse eingerichtet). Für den Stadtteil Grünau ist das alles andere als ein positives Zeichen. Die 84. Mittelschule im Zentrum des Stadtteils hat nämlich, wie viele andere Schulen übrigens auch, eine wichtige gesellschaftliche Funktion. Zudem muss man wissen, dass der Stadtrat mehrheitlich (ohne PDS-Stimmen) gerade erst die Schließung der 83. Mittelschule beschloss.

Nun wird wenige Wochen später als Aus der 84. Mittelschule angekündigt. Ein nicht nachvollziehbarer Prozess. Denn es gibt in Grünau nur noch zwei Mittelschulen, die 84. und die 94.

Zu schließen ist auch die 57. Mittelschule in Leutzsch und die Georg-Schumann-Mittelschule erhält keine neue fünfte Klasse. Beide Schulen – als erhaltenswert eingestuft – wurden übrigens auf Beschluss des Stadtrates saniert.

Sicherlich hätten bei den ebenso sturen wie starren gesetzlichen Rahmenbedingungen nicht alle Klassen gerettet werden können, aber dass in Sachsen jede dritte Mittelschule bzw. Gymnasium keine 5. Klasse eröffnen darf, ist nicht hinnehmbar. Viel wäre natürlich schon geholfen, wenn der Oberbürgermeister mehr Flexibilität des Regionalschulamtes bei der Schülerlenkung einfordern würde. (Immerhin, in letzter Minute hat nun Schulbeigeordneter Burkhard Jung angekündigt, gegen die Schließung der Weißen- und der 57. Mittelschule klagen zu wollen. Das entspräche nur dem Stadtratsbeschluss von 2004.)

Natürlich ist der Elternwille und das Recht auf freie Schulwahl zu achten. Aber es gibt Schulen in Leipzig, die laufen förmlich über, z. B. die Mittelschule Liebertwolkwitz oder die Thomasschule. Dort werden Klassen bis an ihre Grenzen „aufgefüllt“, während andere Schulen geschlossen werden. Bei offenen Gesprächen mit den Eltern der 4. Klassen des Stadtteils könnten doch einige Veränderungen erfolgen, Klassen eröffnet und Schulen gerettet werden.

Ein wichtiges Rezept, wirklich keinen Schüler zurückzulassen, sind kleinere Klassen gerade in den Klassenstufen 5–8 und ein längeres gemeinsames Lernen. Das würden eine höhere Schulqualität und mehr Zeit für pädagogische Arbeit mit den Kindern bedeuten.

Unwiderruflich?

Sachsens Schulen als Sparschwein?



Foto: Wart

Chance für eine bessere Zukunft – das ist herrschende sächsische Politik. Es ist schon ein starkes Stück, mit welcher Arroganz der Freistaat beim Thema Schulen in die kommunale Selbstverwaltung eingreift. Nur ein Stadtrat hat das Recht – und sicherlich auch die größere Kompetenz und Ortskenntnis –, Schulen einzurichten oder aufzuheben, und nicht die Kultusbehörde. Mögen die Kollegen von der SPD sich diesen Umgang mit ihnen auch gefallen lassen, was Leipzig betrifft, so gibt es für die PDS-Fraktion wahrlich keinen Grund, sich vom Kultusministerium diktieren zu lassen, welche Schulen 2006 oder 2007 geschlossen werden. Sie bleibt beim „Nein“ zu weiteren Schulschließungen. Auf der Streichliste, die eine Gruselliste ist, stehen für Leipzig unter anderem die Weiße-Mittelschule im Südosten ebenso wie das Kant-Gymnasium im Süden. Zwei Schulen, die gebraucht werden. Trotzdem befinden sie sich in einer gefährlichen Spirale. Beide müssten saniert werden, dazu muss der Stadtrat

Klassen und Schulen nicht abrücker werden. Wenn die SPD inzwischen auch ihre schulpolitischen Ansprüche der Koalitionsdisziplin opferte, allein steht die PDS mit ihrer Kritik daran nicht. Die bündnisgrüne Landtagsfraktion beispielsweise kritisierte mit einem Flugblatt zur Lehrerdemonstration am 18. Mai 2005 vor dem Landtag ebenfalls die unverhältnismäßige Schwächung des sächsischen Schulnetzes. Gewarnt wird vor unabsehbaren Folgen für die pädagogische Qualität und die Infrastruktur der Kommunen. Deshalb die Aufforderung an die Staatsregierung, das laufende Verfahren zu Mitwirkungsentzug und Schulschließungen auszusetzen, die Mindestschülerzahlen für die 5. Klassen zu senken und die kommunale Selbstverwaltung durch Beschränkung der Kultuskompetenz auf Rechtsprüfung zu stärken. Aber zurück zu den Leipziger Schulschließungen: Während seit Jahren mit städtischen Geldern und Mitteln der Europäischen Union versucht wird, mit

LN. Die Leipziger PDS wählte am vergangenen Sonnabend ihren 15-köpfigen Stadtvorstand neu. Als Vorsitzender wurde Dr. Volker Külöw mit 87,6 Prozent wiedergewählt. Seine Stellvertreter sind nunmehr Stefanie Götzke und Reinhard Grütznier. Die langjährigen Amtsinhaber Margitta Hollick und Siegfried Kretschmar waren nicht mehr angetreten. Ein Drittel der Vorstandsmitglieder gehören erstmals dem verjüngten Gremium an – vier Mitglieder sind unter 27 Jahre.



Dr. Volker Külöw – alter und neuer PDS-Chef in Leipzig

Das Jahr 2005 könnte ein Meilenstein für die Linke in Deutschland werden. Bei allen Bedenken, die wechselseitig zwischen PDS und WASG herrschen, bei allen nicht unberechtigten Ängsten insbesondere in der PDS, dass substantielle Elemente einer sozialistischen Partei verloren gehen könnten: Angesichts der drohenden schwarz-gelben Republik muss die uralte Tradition der Linken, sich wechselseitig auszugrenzen, nunmehr überwunden und eine konstruktive Zusammenarbeit entwickelt werden, um eine radikale Gegenposition zu den verschiedenen Varianten der neoliberalen Systemänderung in den nächsten Bundestag zu bringen. Der dafür

Eine Frage an Volker Külöw:

Kommen PDS und WASG unter einen Hut?

notwendige Einigungs-, der noch lange kein Vereinigungsprozess ist, fordert jedem der Beteiligten die Bereitschaft zur Selbstveränderung ab. Das wird dem einen leichter, dem anderen schwerer fallen, wobei uns der Sirenenangst der Medien – die LVZ versuchte das Spitzenduo Gysi/Lafontaine sofort als „Tandem der Verantwortungslosen“ zu denunzieren – zusätzlich motivieren sollte. Wichtig ist, dass wir auf diesem Weg nicht nur möglichst keine Genossinnen und keinen Genossen verlieren,

sondern sogar zusätzliche Mitstreiter gewinnen und mit dazu beitragen, das neue Gebilde in etwas Bereicherndes und nicht in etwas Lähmendes zu verwandeln.

In Leipzig wird dieser notwendige Annäherungsprozess von starken Vorbehalten der hiesigen WASG, deren Zusammensetzung man durchaus als schillernd bezeichnen kann, gegenüber der PDS überschattet. Noch lehnt eine Mehrheit des neugegründeten WASG-Kreisverbandes eine Kooperation mit der PDS strikt ab. Trotzdem wird es in den nächsten Tagen erste offizielle Gespräche zwischen Vertretern der PDS und der WASG geben – das Eis scheint gebrochen.

Wohngebiet in Thekla wird 2002 zum Juwel, so stand es am 12./13. 6. 1999 in der LVZ. Gemeint war die Erla-Siedlung, die zu diesem Zeitpunkt aufgrund eines Urteils des Bundesverfassungsgerichtes der LWB zugesprochen wurde. Vorausgegangen war ein jahrelanger Rechtsstreit mit der Landessiedlungsgesellschaft Sachsen.

Für die LWB hatte die nun anstehende Sanierung „oberste Priorität“. Die Siedlung sollte im ursprünglichen Stil der 30er Jahre saniert und nach Beendigung im Besitz der LWB bleiben. Größere Wohnungen als bisher für Familien mit Kindern waren angedacht und einen kleinen Teil der Wohnungen könnten die Bewohner auch kaufen – so der Plan. Kein Wort von einer maroden Bausubstanz. Die Lage heute ist eine andere. Ein Teil der Gebäude wurde saniert, dazu die Altmietler umquartiert. Ihnen wurde versprochen, alle, die es möchten, könnten wieder zurück ziehen. Die Wohnungen sind voll vermietet, nicht alle Interessenten erhielten eine. Allerdings ging die Sanierung nicht weiter, weil die Fördermittel nicht ausreichten. Die Häuser verfallen. Deshalb wurde der B-Plan Nr. 262 der Ratsversammlung vorgelegt, der einen Abriss von 32 Wohnungseinheiten und den Bau von 22 Eigenheimen vorsieht. Auf Seite 9 des Planes steht: „Mit der intensiven Durchgrünung und dem umfangreichen



SIEGFRIED SCHLEGEL, in der PDS-Stadtratsfraktion für die Stadtentwicklung zuständig, gehörte zu jenen, die in der Stadtratssitzung vom 22. Februar 2005 nicht mit ihrer Fraktion stimmten. Er begründete seinen Standpunkt zum Bebauungsplan Nr. 262 „Neubau Cleudner Straße“ (Erlasiedlung 3. Baufeld Leipzig-Thekla) unter anderem mit baurechtlichen Gründen:

Seit 1937, seit die „Erla-Siedlung“ errichtet wurde, besteht ohne Unterbrechung Baurecht, da keines der Gebäude bisher abgebrochen wurde. Bei einer Umgestaltung geht es in einem solchen Fall nicht um das Ob, sondern das Wie. Nunmehr gedenkt die LWB, das sogenannte Bau Feld 3 an der Cleudner Straße schrittweise durch Eigenheimbau zu erneuern. Bei Vorhaben dieser Größe sind sowohl das Stadtparlament als auch die Öffentlichkeit über Bebauungspläne oder sogenannte Vorhaben- und Erschließungspläne zu beteiligen. Verwaltung und Stadtrat haben durch den B-Plan die Möglichkeit, neben der Art auch das Maß der baulichen Nutzung, Gebäudekanten, Grundflächenzahl oder Dachformen und Gebäudehöhen zu beeinflussen. Bei einer heutigen Ablehnung des B-Planes verzichtet der Stadtrat auf dieses Recht. Da Baurecht besteht, kann der Eigentümer das Areal trotzdem schrittweise nach § 34 in Abstimmung mit der Verwaltung erneuern und Eigenheime, aber auch mehrgeschossige Bauten errichten, die in Baudichte und -höhe oder Kanten Bezug auf die benachbarten Eigenheime oder die Erlasiedlung haben. Folge – es entsteht eine klassische

Pro Erla-Siedlung!

Baumbestand bietet das Gebiet prinzipiell eine hohe Wohnumfeldqualität ...“

Die Bewohner der Erla-Siedlung und kompetente Bauexperten meinen dazu: Ein Teilabriss der Siedlung und die Vermarktung als Eigenheimstandort wird nicht befürwortet. Die Bausubstanz (1936/37) ist in Ordnung und noch sanierungswürdig mit einem vertretbaren wirtschaftlichem Aufwand. Der Planungsaufwand ist aufgrund der einfachen Statik und der Baugleichheit der Gebäude nicht erheblich.

Somit ist eine Sanierung der bestehenden Bauten vor Abriss und Eigenheimbau zu favorisieren. Die Sanierung wäre kostendeckend möglich und würde dem Bedarf an Wohnungen um die 40 Quadratmeter im sozialen Wohnungsbau entsprechen. Auch sollten die Möglichkeiten der Teilsanierung unter Einbeziehung der Mieter für Eigenleistungen im Innenausbau genutzt bzw. Eigennutzerobjekte vergeben werden, in denen die LWB nur Teilleistungen erbringen muss.

Die Nachfrage nach Eigenheimgrundstücken ist stark rückläufig. Im Umfeld der Erla-Siedlung werden über 200 freie Standorte angeboten. Es ist ein Widerspruch: Einerseits wird das Gebiet als idealer Eigenheimstandort empfohlen, andererseits soll eine Abrissförderung beansprucht werden, da Sanierung und Vermietbarkeit der bestehenden Bauten angezweifelt werden.

Die LWB sollte ein klares wirtschaftliches Konzept für das weitere Vorgehen in der Erla-Siedlung vorlegen und dabei die Belange der Mieter nicht vergessen. Ein Abriss von 32

Wohnungen und der Bau von 22 Eigenheimen würde den Wohnungsüberschuss der LWB von 19000 Wohnungseinheiten gerade um 10 verringern. Es ist also gründlich zu überlegen, ob ein Abriss zu verantworten ist oder ob gute Wohnstandorte zerstört werden.

Der Stadtteil Nordost, zu dem die Erla-Siedlung gehört, leistet schon einen guten Beitrag zum Abriss in Leipzig. Drei Hochhäuser Typ „Erfurt“ stehen abrisssbereit bzw. wurden abgerissen. Das sind rund 400 Wohnungen. Dazu kommen noch verfallene Wohnhäuser in Alt-Schönefeld.

Die Siedlung „Krähenhütte“ in Dölitz hat fast die gleichen Probleme wie die Erla-Siedlung, aber alles noch vor sich. Auch hier ist das Vorgehen der LWB gegen die Interessen der Mieter gerichtet, die dort noch wohnen.

Der B-Plan Nr. 262 wurde vom Stadtbezirk Nordost abgelehnt, aber in der Ratsversammlung am 18. Mai 2005 mit den Stimmen der SPD, den Grünen und der Bürgerfraktion angenommen. Die PDS-Fraktion stimmte mehrheitlich dagegen und sprach sich für den Erhalt der Siedlung als Ganzes aus. Der Vorschlag von Baufachleuten für eine kostengünstige Sanierung fand damit keine Beachtung. Die Grünen, sonst für den Erhalt von Grün, stimmten sogar für das Fällen von 73 Bäumen.

Eine Chance, bezahlbare Wohnungen im Grünen am Stadtrand auch für sozial schwache Familien anzubieten, ist vorerst vertan. Oder die LWB erinnert sich doch noch an ihre Worte und Versprechungen aus dem Jahre 1999.

• ANNE DRAHEIM

Wildschweinsiedlung.

Nicht nur für mich „sollen die Städte auch unter den Bedingungen des demografischen Wandels Zentren des urbanen, wirtschaftlichen und kulturellen Lebens bleiben. Das verlangt eine den sich ändernden sozialen und wirtschaftlichen Strukturen entsprechende regionale und städtische Erneuerung, die staatlich gefördert werden muss.“ (Zitat aus dem PDS-Parteiprogramm). Stadtumbau

Soll Grünau die Abrisslast allein tragen?

muss vor allem mit den unmittelbar Betroffenen organisiert werden und keinesfalls gegen sie. Die Akzeptanz ist um so größer, wenn sich keiner bedroht fühlt. Für mich heißt das aber gleichzeitig, dass nicht unnötig in anderen Stadtteilen Menschen zu Betroffenen werden, weil sich Bürgerinnen und Bürger eines Stadtteiles vehement gegen einen Abriss von wenigen, langfristig nicht benötigten Wohnungen stemmen. Für den Nordraum wurde auf die Möglichkeit eines „Einmottens“ hingewiesen, da es im Gegensatz zu südlichen Stadtteilen zu einem steigenden Bedarf an Wohnungen infolge von Wirtschaftsansiedlungen kommen könnte, weshalb die LWB bisher Häuser des 2. Bauabschnittes zu erhalten hofft.

Die LWB spricht beim Wegfall in Aussicht gestellter Fördermittel von einem Minus von 1,5 Millionen Euro im ersten Bauabschnitt der Erla-Siedlung. Diesen Verlust tragen alle Mieter der LWB. In anderen Stadtteilen, wie Löbnitz oder Marienbrunn, könnten dann die angedachten Sanierungen nicht vorgenommen werden, obwohl auch die dortigen Bewohner Miete bezahlen. Eigensinnig ist es,

wenn Mietern mit unrealistischen Zahlen Sanierungsmöglichkeiten vorgegaukelt werden. Da stellt sich die Frage, wo und wie Schrumpfung in Leipzig stattfinden soll. Unzutreffend ist es, davon zu sprechen, LWB und Stadt hätten nicht das Mögliche versucht. Weshalb haben es denn in den zurückliegenden zwei Jahren private Investoren auch nicht vermocht, Wohnungen gleicher Jahrgänge zu sanieren, die sie von der LWB zugesprochen bekamen, obwohl die Investitionszulage noch bis Ende Dezember 2004 galt? Außer Eigenheimförderung und Steuerabschreibung für Private bei der Sanierung von denkmalgeschützten Wohnhäusern gibt es keine staatliche Förderung, denn Sachsen hat sich im Gegensatz zu anderen ostdeutschen Ländern von der Wohnungsbauförderung verabschiedet.

Kritisch bleibt anzumerken, dass die LWB in der Erla-Siedlung es versäumte, betroffene Mieter auch über diese Situation zu informieren. Die LWB und die Mieter in Mockau-Ost bewiesen, dass es anders geht. Im Ergebnis eines Bürgerforums forderten die Mieter vor drei Jahren, nach Sanierung eines Hochhauses zusammenzuziehen und ein leer werdendes abzubrechen.

Bei der Zurückdrängung des Wohnungsleerstandes durch Abriss, aber auch durch Sanierung nicht bewohnbarer Wohnungen und Verlangsamung des Wegzuges ins Umland und in andere Regionen hat Leipzig viel erreicht. Untauglich aber für uns war damals der Vorschlag im Ergebnis der sogenannten Pestel-Studie, alle Bauten aus DDR-Zeiten abzureißen und durch neue zu ersetzen.

1997 äußerte ich mich als erster Stadtrat, der selbst viele Jahre am Bau Grünaus mitgewirkt hatte, in der LVZ zur Notwendigkeit, notfalls auch intakte Wohnungen zurückzubauen, hatte dabei aber nicht im Sinn, dass Grünau die Last allein tragen soll.

Der Hammer war die Veranstaltung „Malam Indonesia“ am 31. Mai im Kulturbundhaus tatsächlich. Angekündigt war ein original Gamelan-Orchester aus Indonesien. Gamelan, so wurden die Gäste aufgeklärt, bedeutet: Hammer. Wir hörten dann Musik, die nur aus Rhythmus besteht. Sie wird auf einer Vielzahl von Schlaginstrumenten dargeboten. Einige werden wirklich mit dem Hammer gespielt.

Ein Abend rundum vom

Leipzig anders:

Indonesischer Abend vom Feinsten

Feinsten. Mein erster Gedanke, als die Moderatoren den letzten Auftritt ankündigten, war: „Schon Schluss? Fangt noch mal von vorn an.“ Ich hatte gar nicht registriert, dass schon vier Stunden Programm über die Bühne gegangen waren. Gezeigt wurden Tänze der einzelnen Regionen Indonesiens. Dazu gab es einen Vortrag über die Verwüstungen des Tsunami und seine psychologischen Spätfolgen.

Einen weiteren, ebenso beeindruckenden und informativen Vortrag gab es über Indonesistik – mit dem Ziel übrigens, diese Fachrichtung erneut an der Uni zu etablieren.

Die indonesische Kultur ist überwältigend. Empfangen wurde jeder Gast nicht nur von einem Nebel landesüblichen Dufts, sondern auch von Indonesiern in der Bekleidung ihrer Heimat. Für mich neu war, dass auch Männer über der Hose eine Art Rock tragen. Im Vorraum ein Büffet mit Leckereien, z. B. Kuchen und Pudding aus schwarzem Reis oder grüne Kugeln aus Honig mit Nüssen. Im Saal dann eine Farbenpracht ... Dazu die natürliche Freundlichkeit der Gastgeber.

Die indonesischen Uni-Studenten boten noch einige Pop-Titel, teils in indonesischer, teils in deutscher Sprache.

Zum Schluss wurde dem Wunsch Ausdruck gegeben, diese Veranstaltung in Leipzig zu einer festen Größe zu etablieren. Ich hoffe sehr, dass es gelingt.

Nach den Auftritten hatten die Gäste die Möglichkeit, mit den Studenten oder den Künstlern direkt zu reden.

• ANDREAS HERMANN

Mehr Infos unter:
www.indolaw.net
Fotos dazu unter der Website des Autors:
www.ah-variabel.de



Mit diesem Spätzchen werben die Leipziger Verkehrsbetriebe für sich auf ihrer Internetseite. Was aber ist die Werbebotschaft? Einfach! Die Spatzen pfeifen sie von allen Dächern: Die LVB (und der MDV) nehmen ihre Fahrgäste wie schlachtreifes Geflügel aus!

Es wird wieder August. Und wie nicht anders zu erwarten war, erhöhen die LVB und der Mitteldeutsche Verkehrsverbund (MVB), wie in den Jahren zuvor, wieder einmal die Preise für Beförderungsleistungen. Die Gründe dafür sind auch nicht neu. Die gestiegenen Kosten müssen abgedeckt werden und eigentlich hätten die Preise um neun Prozent angehoben werden müssen, wie MDV-Geschäftsführer Meier durchblicken ließ. Er persönlich sei jedoch für eine moderate Anhebung gewesen, eigene Sparanstrengungen sollen den Kunden gegenüber ein Zeichen setzen: Ausdünnen von Fahrplänen und Stilllegung von

Strecken.

Doch welche „Sparanstrengungen“ sollen künftig jene Unternehmen, die als Kunden auf Beförderungsleistungen angewiesen sind? Nur ein Beispiel, wie in den Jahren seit dem Jahr 2000 die Kosten für die Kunden des MDV explodiert sind. Die Monats-Zeitkarte für zwei Zonen im MDV-Gebiet kostete vor fünf Jahren 31,96 Euro (62,50 DM). Im August 2001 gab es die erste Preiserhöhung. Die gleiche Karte kostete ab da 33,66 Euro, ein Plus von 1,70 Euro. Schon ein Jahr später, 2002, kletterte der Preis auf 36,17 Euro (Plus 2,51 Euro). Im August 2003 mussten dann schon 39,17 Euro berappt werden, ein stolzer Anstieg um nochmals 3 Euro. Und seit dem letzten Jahr kosten Zeitkarten 42,50 Euro im Monat, weil der MDV nochmals 3,33 Euro draufgeschlagen hatte. Ab August dieses Jahres sind für diese Monatskarte 45 Euro zu zahlen. Dabei ist das eine sogenannte Abonnementskarte, die vom MDV noch relativ preisgünstig zu haben ist.

Während die Karte also 2000 noch knapp 32 Euro kostete, soll sie fünf Jahre später um 13 Euro teurer sein. Das sind plus 40 Prozent oder anders gesagt: Jährlich stiegen die Preise um durchschnittlich acht

Prozent. Wer kann von sich sagen, dass ein Arbeitslohn in den zurückliegenden fünf Jahren um 40 Prozent gestiegen ist? Nicht anders bei den Einzelfahrkarten. Ihr Preis betrug im Jahre 1995 für eine Zone auch schon 1,80 DM, umgerechnet 0,92 Euro. Ab August werden es 1,70 Euro sein, rund 85 Prozent mehr. Auch die Tageskarten für Kinder steigen im MDV-Gebiet künftig an. Für eine Zone um 40 Cent, für zwei Zonen um 50 Cent. Hier trifft es vor allem einige Eltern in Markranstädt ziemlich hart. Nach dem Mitwirkungsentzug für die 5. Klassen der dortigen Mittelschule müssen ab September 32 Schüler mit öffentlichen Verkehrsmitteln nach Leipzig-Grünau zur Schule fahren. Markranstädt liegt hinter der städtischen Tarifgrenze, so dass täglich eine Tageskarte für zwei Zonen bezahlt werden muss. Bei 200 Unterrichtstagen und je 50 Cent Mehraufwand kommen im Jahr 100 Euro zusammen. Azubis müssen übrigens ebenfalls tiefer in Tasche greifen, denn aus Ermangelung städtischer Arbeitsplätze müssen viele von ihnen ins Umland fahren. Monatskarten für eine Zone steigen um 1,50 Euro, für zwei und drei Zonen um 3 Euro. Und das Ende der Fahnenstange scheint

hier noch nicht erreicht.

Auch andere Belastungen, bei denen sich sprichwörtlich die Katze in den Schwanz beißt, werden den MDV-Kunden zu schaffen machen. Weil die Kommunen immer weniger Geld haben, verringern sie die Zuschüsse für ihre Verkehrsbetriebe, auch die Kommunen, die im Umland auf die MDV-Anbindung angewiesen sind. Wer aber seine Zuschüsse verringert, nimmt schließlich eine deutlich eingeschränkte Versorgung durch den MDV in Kauf. Linien werden verkürzt oder ganz gestrichen, Fahrpläne werden ausgedehnt, statt viertelstündlich fahren Busse nur noch alle halben Stunden. Die höheren Kosten verbessern also nicht automatisch die Versorgung hinsichtlich der Beförderung, nein, sie wird sich aufgrund von Sparzwängen zunehmend verschlechtern. So tut sich im Preis-Leistungs-Verhältnis eine Schere auf, die wohl nur durch den Umstieg auf private Verkehrsmittel zu schließen sein wird. Das Gegenteil wird zwar angeblich gewünscht, doch höhere Kosten bei geringerer Leistung sind nun einmal unattraktiv.

• H.-JÜRGEN BERG

13. KIROW-Familientreffen

170 ehemalige Leipziger Kranbauer kamen am 6. Juni aufs einstige BSG-Gelände

Vormittag Wasser, ab Mittag dann Clärchen. Ein passender Empfang also besonders für Ilona Hensel, Arpad Farkas und Günter Kirsten, die zum ersten Mal seit vielen Jahren versuchen, hier altbekannte Gesichter unter den Ex-Werkträgern zu entdecken. Das von Karlheinz Feyerabendt zum Beispiel, ehemaliger Sektionsleiter der Kanuten von Motor Leipzig-West, der sich für seine alten Kollegen des VEB S. M. Kirow einsetzt, damit sie das Sportgelände am Pleiße-Wehr für das große Treffen nutzen können. Das unsichere Wetter ärgert ihn ganz besonders: „Eigentlich hatte ich nämlich für heute meinem Sportfreund versprochen, mit ihm gemeinsam zum Cospudener See zu paddeln. Die Kanuten der ganzen Region treffen sich heute dort zum Spatenstich für Wehr und Schleuse am Waldbad Lauer. Aber jetzt, wo die Kirower vielleicht doch noch ins trockene Kanuheim flüchten müssen, geht das zu organisieren natürlich vor.“ Die Sektionsleitung der Sportler schätzt das Engagement des 76-Jährigen und steht den Treffen ihrer einstigen Kanuheim-Sponsoren sehr wohlwollend gegenüber. „Weiß jemand, wann das Hachmeister-Schweißertreffen wieder stattfindet?“ „18.



Foto: Liebich

11., 17 Uhr im Nat'l, Kurt-Kresse-Str. 33.“ Martin Debertshäuser, Organisator: „Auch ehemalige Schlosser kommen da und jüngere Kollegen aus dem jetzigen Kirow-Unternehmen.“ Die Ex-Konstrukteure von TK4 treffen sich regelmäßig im März und September im Nat'l, so auch am 15. 9. ab 16 Uhr, und Steffi Bärwaldt organisiert dort KIROW-Frauentagsfeiern ... „Es ist schon eine schöne Geschichte, wenn man sich wiedertrifft, auch als persönliche Bestätigung“, meint Monika Hunger, und Gerd Weber ergänzt: „War wieder toll heute. Man staunt, was es so alles zu erzählen gibt.“ Neuauflage: 12. Juni 2006.

• REINHARD LIEBICH

Frühjahrskonjunkturumfrage

Lage des Handwerks deutlich verschlechtert

Der millionenschwere Regierungsberater Roland Berger verkündete zwar, Schröder könne eine „hervorragende Wirtschaftspolitik“ gestalten, dennoch war die traditionelle Rede des Leipziger Handwerkskammer-Präsidenten Dirschka vor Medienvertretern wiederum von Ärger, Enttäuschung und Sorge geprägt. Die an der Umfrage beteiligten 550 Handwerksbetriebe – von insgesamt 11 743 – gaben eine erneut verschlechterte Lage an. Zeichen einer leichten Erholung vor einem Jahr sind verschwunden. In diesem Frühjahr schätzten nur 16 % der Betriebe ihre Lage als „gut“ ein, 39 % als „schlecht“. Im Vorjahr gab es 5% gutgehende Unternehmen mehr und 2 % schlechte weniger.

Die Probleme ziehen sich differenziert durch alle Branchen. Eine besonders negative Situation registrierten das Nahrungsmittelgewerbe mit lediglich 4 %, das Gesundheitsgewerbe mit 10 % und die Branche für gewerblichen Bedarf mit 11 % „gut“ (siehe Tabelle). Die Erwartungen bis zum Herbst entwickeln sich gar um 8 Prozentpunkte

negativ. Alle betrieblichen Kennziffern rutschen und rutschen nach unten! Vor allem auch die Beschäftigung. Da die Anzahl der Mitarbeiter einschließlich Inhaber von 7,1 um 0,4 Personen sank, ergibt dies ein Arbeitskräfteminus von 4700 Personen im halben Jahr.

Der Präsident kritisierte folgenschwere politische Fehlentscheidungen, so die Wettbewerbsverzerrung durch Niedrigkosten, Einmannunternehmen (Ich-AG), den unmoralischen Einsatz von 1-Euro-Jobbern für kommunale Aufgaben, die schlechte kommunale Investitionsquote und das Einströmen osteuropäischer „Unternehmer“ mit Dumpingpreisen in den deutschen Markt.

Die Arbeitsmarktreformen zeigten bislang keine positive Wirkung. Somit war das meiste, was die Regierung in sieben Jahren für das Handwerk nach vorn bewegt hat – nichts!

Fatal, dass wichtige Fragen ohne regionale politische Entscheidungsträger verhandelt werden. Deren „demonstratives Fernbleiben“ wird allerdings dazu genutzt, die Lage gegenüber den Bürgern nicht zu kommentieren. Flucht vor der Realität?

Einige Leipziger Handwerker bezeichneten die rot-grüne Wirtschaftspolitik als um ein Mehrfaches schlechter als die der DDR! Die ostdeutschen Handwerker gehören zu den Großverlierern des Einheitsprozesses – und sie erkennen derzeit keine Perspektive.

• H. J. SPITZNER

Gegenwärtige Geschäftslage nach Handwerken

Von 100 Betrieben beurteilen die gegenwärtige Geschäftslage als ...

gut | befriedigend | schlecht

Bauhauptgewerbe	36	48	16
Ausbauhandwerk	33	42	25
Handwerk für den gewerblichen Bedarf	11	52	37
Nahrungsmittelgewerbe	15	28	57
Nahrungsmittelgewerbe	4	38	58
Gesundheitsgewerbe	10	46	44
Personenbezogene Dienstleistungsgewerbe	17	42	41

Quelle: Konjunkturumfrage Frühjahr 2005, Handwerkskammer zu Leipzig



Selbstverwaltung nur auf dem Papier

Nach 15 Jahren kommunaler Selbstverwaltung in Sachsen zog MdL Dr. Michael Friedrich (PDS) eine traurige Bilanz. Bezugnehmend auf eindringliche Warnungen des Deutschen Städtetages, stellte er fest:

Auch in Sachsen wird die kommunale Selbstverwaltung zunehmend durch Entscheidungen des Freistaates, des Bundes und der Europäischen Union ausgehöhlt. Wenn es nicht mehr die Ausnahme ist, sondern immer mehr zur Regel wird, dass die sächsischen Kommunen kaum noch Spielraum für Investitionen und freiwillige Aufgaben haben, über jedes vernünftige Maß hinaus Personal abbauen, ihre Beteiligungen zum Verkauf anbieten müssen und nur noch den Mangel verwalten können, ist die kommunale Selbstverwaltung definitiv am Ende. Der ursprüngliche Gedanke der kommunalen Selbstverwaltung, eigenständig im Interesse der Bürgerinnen und Bürger Politik zu gestalten, läuft inzwischen systematisch ins Leere. Denn die Städte, Gemeinden und Landkreise führen zwar die meisten Gesetze aus, aber wie sie das tun, ist bis ins Detail reglementiert und finanziell fremdbestimmt. Dies festzustellen ist gerade kurz nach dem 15. Jahrestag der Wiedereinführung der kommunalen Selbstverwaltung in Sachsen am 27. Mai 2005 bedauerlich.

Hartz IV beutelt Kommunen

Sächsisches Ausführungsgesetz ignoriert berechtigte Einwände

LN. Der Entwurf des Sächsischen Ausführungsgesetzes zu Hartz IV wurde vorige Woche im Schnelldurchlauf in den zuständigen Landtagsausschüssen beraten, wobei sämtliche Änderungsanträge der Oppositionsfractionen abgelehnt wurden. Die Sprecher für Sozial- und für Kommunalpolitik der PDS-Fraktion Dr. Dietmar Pellmann und Dr. Michael Friedrich nannten es dramatisch, dass Kommunen und Hilfebedürftige durch dieses Gesetz erneut über

den Tisch gezogen werden. Mit der Ablehnung entsprechender Änderungsanträge der PDS bleibt es dabei, dass die Kommunen nur einen Teil der Mittel erhalten, die der Freistaat bei Wohngeldzahlungen einspart, obwohl der sächsische Ministerpräsident die Durchreichung der vollen Summe fest zugesagt hatte. Darüber hinaus lehnen es die Koalitionsfraktionen ab, bei der Erstattung der Kosten beim Vollzug von Hartz IV die wirklichen Aufwendungen als das

entscheidende Kriterium heranzuziehen, weshalb es zu einer Benachteiligung jener Kommunen kommen wird, in denen es überdurchschnittlich viele Anspruchsberechtigte von Arbeitslosengeld II und Sozialgeld gibt. Schließlich verweigerten sich CDU und SPD der PDS-Forderung nach exakter Berichterstattung über die finanziellen Aufwendungen der Kommunen jeweils zum 31. Oktober eines Jahres.

Ohne Konzept, mit Rasenmähermethode

LN. „Das Kabinett Milbradt hat sich für die phantasielose Rasenmäher-Methode entschieden und mit dem Rotstift gleichmäßig in allen Ressorts gekürzt“, äußerte PDS-Fraktionsvorsitzender Prof. Peter Porsch zu den vom Kabinett Milbradt beschlossenen Einsparmaßnahmen, die die Steuerausfälle decken sollen.

Offenbar sei der kleinste gemeinsame Nenner der Koalition inzwischen so klein, dass es für

die Konzentration aufs Wichtigste nicht reicht. Milbradt habe offenbar aufgehört zu regieren, wenn sein Finanzminister nun nur zu verkünden hat, jedes Ressort entscheide eigenständig, wo gespart werden soll. Wozu hat der Ministerpräsident überhaupt eine Richtlinienkompetenz? Seinem Amtseid folgend muss er Schaden vom Land abwenden – dazu gehört, Bildung Vorfahrt vor Beton zu geben, bei Prestigeprojekten

und Bürokratie zu sparen, nicht aber bei Schulen und Universitäten.

Meine Prophezeiung – so Porsch –, der vom Parlament beschlossene Landeshaushalt habe wegen der bevorstehenden Steuerschätzung keine vier Wochen Bestand, hat sich bewahrheitet. Mit der jetzigen faktischen Haushaltssperre werden die von der Koalition großspurig angekündigten Mehrausgaben komplett wieder kassiert.

Gemeindefinanzen

LN. Der Sächsische Städte- und Gemeindegtag sieht trotz höherer Steuereinnahmen keine Entspannung in der Finanzsituation der Kommunen. Der Saldo von Einnahmen und Ausgaben bleibe negativ, stellte SSG-Präsident Schramm fest, denn dem Überschuss von 325 Millionen Euro steht ein Minus von 400 Millionen Euro gegenüber, die der Freistaat für den Finanzausgleich einbehält. Zudem seien die Mehreinnahmen vor allem der sparsamen Haushaltsführung geschuldet. Allein beim Personal wurden im vorigen Jahr 140 Millionen Euro eingespart.

ARD-Klage

LN. Während sich Staatskanzlei-Chef Winkler über die Ankündigung einer ARD-Klage gegen den Rundfunk-Staatsvertrag sehr verwundert zeigte, erklärte MdL Heiko Hilker, die PDS habe die Staatskanzlei rechtzeitig aufgefordert, dem Parlament einen verfassungskonformen Vertrag vorzulegen, und verwies auf die Feststellung des Juristischen Dienstes des Landtags, der in einem von der PDS beantragten Gutachten feststellt, dass der Vertrag in seiner bisherigen Form verfassungswidrig ist. Die Klage der ARD sei deshalb absehbar gewesen.

INES: kein Eingriff

LN. Die PDS-Landtagsfraktion will die sächsische Anti-Korruptionseinheit INES vor politisch motivierten Eingriffen in ihre Ermittlungsarbeit schützen und brachte einen entsprechenden Antrag in den Landtag ein. Sie reagierte damit auf Äußerungen von Justizminister Mackenroth zu möglichen Änderungen der Struktur von INES im Zusammenhang mit einer Hausdurchsuchung beim früheren Wirtschaftsminister Schommer. CDU-Fraktionsvorsitzender Hähle hatte INES gar der „politischen Hexenjagd“ verdächtigt.

Viel Zustimmung für Öffentlichkeitsgesetz

LN. Die PDS-Landtagsfraktion hat ihren Entwurf für ein Öffentlichkeitsgesetz im Verfassungsk-, Rechts- und Europa-ausschuss sowie im Innenausschuss zur Begutachtung unterbreitet und dabei von der Mehrzahl der geladenen Sachverständigen Unterstützung erhalten. Sie bescheinigten dem Entwurf, sich an fortgeschrittenen internationalen Standards hinsichtlich des weit gefassten Anwendungsbereichs, der sparsamen Ausnahmeregelungen, der kurzen Bearbeitungsfristen und des Verzichts auf Kostenbarrieren zu orientieren.

Zudem habe die Anhörung, so MdL Dr. Michael Friedrich, Klarheit gebracht, dass das von den Gegnern der Informationsfreiheit gern hervorgebrachte Argument einer Bürokratisierung der Verwaltung und zusätzlicher Kosten keiner ernsthaften Prüfung standhält. Der Sachverständige Prof. Patzelt hob im Gegenteil hervor, das traditionelle Beamtenstaatsverständnis mit seinem althergebrachten „Amtsgeheimnis“ dürfe nicht nur aus Demokratiegründen, sondern auch aus Effizienzgründen einem Staatsverständnis unterlegen sein, das auf einer selbstbewussten Bürgerschaft und transparenter Verwaltung beruht. Nur Letzteres entwickle einen wirksamen vorausschauenden Druck zur Verhinderung von Mängeln. Dies betrifft auch die Korruptionsvorbeugung.

Die PDS-Fraktion wird die kritischen Anmerkungen einiger Sachverständiger zum möglicherweise noch nicht voll austaritierten Spannungsverhältnis zwischen Datenschutz und Informationsfreiheit prüfen und lädt alle demokratischen Fraktionen ein, an dem Gesetzesvorhaben mitzuwirken.

31. Mai

Leipzig. Der Mitteldeutsche Verkehrsverbund will mit Wirkung vom 1. August die Tarife für Busse und Bahnen und vier bis fünf Prozent erhöhen.

Dresden. Die sächsische Regierung und die Gewerkschaft GEW vereinbaren nach harten Verhandlungen eine Reduzierung von Arbeitszeit und Vergütung für Lehrer, die 2005/2006 bei 85 Prozent und in den folgenden drei Jahren bei 77 und 2009/10 bei 79 Prozent liegen soll.

Dresden. In Sachsen haben bis Mitte April 59 646 Bezieher des Arbeitslosengeldes II – etwa 20 Prozent der Antragsteller – Widerspruch gegen den Bescheid eingelegt. Knapp der Hälfte der bearbeiteten Anträge wurde stattgegeben.

1. Juni

Dresden. PDS, FDP und Landeselternrat kritisieren die erzwungene Teilzeitarbeit für Lehrer. Laut Cornelia Falken, PDS, wird es künftig in Sachsen weniger Bildung geben. Torsten Herbst, FDP, bemängelt fehlende Flexibilität der Regelung.

2. Juni

Dresden. Etwa 3000 Studenten protestie-

SACHSEN-CHRONIK

31. Mai bis 13. Juni

ren gegen die Einführung von Studiengebühren.

Dresden. Durch Verzicht von Wissenschaftsministerin Ludwig auf Einspruch gegen die vor dem Arbeitsgericht erzielten Vergleich mit Prof. Peter Porsch wird der Kompromiss wirksam, wonach das Arbeitsverhältnis Porschs mit der Universität Leipzig per 31. Mai endet und das Kultusministerium künftig Stasi-Vorwürfe unterlässt. Dem Freistaat hatte eine Prozessniederlage gedroht.

4. Juni

Dresden. Im Prozess vor dem Landgericht gegen die verbotene rechtsradikale Rockband Landser werden vier Angeklagte wegen Vertriebs einer CD mit verfassungsfeindlichem Inhalt zu Freiheitsstrafen zwischen acht und 20 Monaten auf Bewährung verurteilt.

5. Juni

Dresden. Wie das Kultusministerium mitteilt, wurden im vergangenen Jahr 5113 Ordnungswidrigkeitsverfahren wegen Schulschwänzens eingeleitet, 780 mehr als 2003.

6. Juni

Rosendorf. Ein zweiter Konvoi von sechs Castoren mit Brennelementen startet nach Ahaus, bevor eine Woche später der letzte, ebenfalls von Protesten begleitete Transport folgte.

8. Juni

Dresden. Die AOK Sachsen hat nach Angaben des Verwaltungsrates 2004 – bei Einnahmen von 4,47 Milliarden Euro – einen Überschuss von 90,1 Millionen Euro erwirtschaftet. Die Senkung der Beiträge von 12,9 auf 12 Prozent ab 1. Juli 2005 erfolgt jedoch unabhängig davon.

9. Juni

Leipzig. Der Chef der Landesarbeitsagentur, Fuß, stellt fest, dass der Regierungsbezirk Leipzig ein deutlich geringeres Wirtschaftswachstum aufweist als Dresden und Chemnitz.

Dresden. Kultusminister Flath lehnt Forderungen von SPD-Politikern nach Korrekturen an der Schulschließungsliste (74 Mittelschulen, sechs Grundschulen, drei Gymnasien) ab.

Treuen / Vogtland. Die Schweizer Firma Weidmann eröffnet eine Produktionsstätte für Autoklimaanlagen. Bis jetzt wurden 75 Mitarbeiter eingestellt, künftig sollen hier 140 Menschen arbeiten.

10. Juni

Wurzen. Beamte des Landeskriminalamtes und der Soko Rex beschlagnahmten in der Firma „Front Records“ 89 CDs und 192 Broschüren mit Symbolen verfassungswidriger Organisationen.

13. Juni

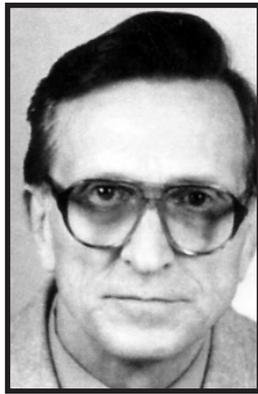
Dresden. Eine Urabstimmung der Lehrer über den von Gewerkschaft und Kultusministerium ausgehandelten Kompromiss über die Teilzeitarbeit beginnt.

Am 28. Mai 2005 verstarb im Alter von 78 Jahren Prof. Dr. Phil. habil. em. Claus Träger, langjähriger Hochschullehrer an der Karl-Marx-Universität Leipzig, Mitglied der Sächsischen Akademie der Wissenschaften, Träger des Lessingpreises und anderer hoher Auszeichnungen.

Das Leben eines bedeutenden, in der DDR und für die DDR wirkenden Literaturwissenschaftlers hat sich vollendet. Bleiben wird sein opulentes, vielgestaltiges und aufhellendes Werk – allen Vorurteilen, die heute nicht selten die Form von Vorverurteilungen annehmen, zum Trotz. Die Aufklärung, nicht der einzige, aber doch wesentliche Gegenstand von Claus Trägers wissenschaftlichen Untersuchungen, war nicht zuletzt ein Kampf gegen die Vorurteile. Auf seine Weise, unter neuen historischen Bedingungen hat er diesen Kampf bis zuletzt fortgesetzt. Seine letzte größere Abhandlung – von der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen herausgegeben – war Johann Gottfried Herder gewidmet.

Der Hunger, insbesondere der nach Wissen, war groß, als ich Claus Träger 1949 an der eben gegründeten Leipziger Arbeiter- und Bauernfakultät kennenlernte. Claus stillte diesen Hunger auf un-nachahmliche Weise: Er las und arbeitete, dass es eine Art hatte. Er glänzte in allen Fächern. Es war nicht schwer, ihm eine große Zukunft als Wissenschaftler zu

Die philosophische Dimension im Werk von Claus Träger



prophezeien. Claus Träger ging es dabei nicht nur um seine eigene humanistische Bildung. Lange bevor er Werner Krauss' programmatischen Aufsatz „Literaturgeschichte als gesellschaftlicher

Auftrag“ las, war er dem darin zum Ausdruck gebrachten Geist verpflichtet. Sein kulturpolitisches Engagement legte davon Zeugnis ab. Mit welcher Begeisterung er zum Beispiel Majakowski rezierte, wird uns immer in Erinnerung bleiben. Bildung als wesentlicher Bestandteil des Humanismus, Humanismus als wesentlicher Charakterzug einer künftigen sozialistischen Gesellschaft – so lässt sich etwa der ideelle Kern unserer damaligen Aufbruchstimmung beschreiben. Claus hat der ABF-Zeit immer mit großer

Freude und vielleicht auch mit leiser Wehmut gedacht.

Soweit ich Claus Trägers Werk kenne und wie ich aus vielen Gesprächen mit ihm folgere, war das Grundthema seines theoretischen Wirkens: Revolution und Literatur; und vornehmlich: Französische Revolution und ihre Spiegelung in der europäischen, vor allem deutschen Literatur. Ob die Weimarer Klassik oder die Romantik, Sturm und Drang oder die Mainzer Republik Gegenstände seiner wissenschaftlichen Analysen waren, der Bezug zu dem Epochenereignis fehlte nie. Dem lag eine philosophische Konzeption zugrunde, die das Verhältnis von *bourgeois* und *citoyen* zu beantworten versuchte. Dass Claus Träger der Bourgeois-Herrschaft, wie sie sich in der Folge der Französischen Revolution herausgebildet hatte, kompromisslos gegenüberstand, davon zeugen alle seine Schriften. Und keine Wende konnte ihn von diesem Standpunkt abbringen. „Was aber machen wir mit dem *Citoyen*?“ war die Frage, die er im letzten Telefongespräch, das wir miteinander führten, aufwarf. *Citoyen*, das war für Claus Träger der von feudalen Banden freie, sich sei-

ner unveräußerlichen Rechte bewusstseinsende Bürger, der in solidarischer Weise mit Seinesgleichen Gerechtigkeit in der Gesellschaft anstrebt. Ohne Gleichheit und soziale Gerechtigkeit war für Claus realer Humanismus weder denkbar noch realisierbar. Nicht die Preisgabe des *Citoyen*-Ideals war für ihn das Problem, sondern die Schwierigkeiten, dieses Ideal in sozialistischer Gesellschaft zu verwirklichen. Dies ganz im Brechtschen Sinne, wonach der Kommunismus das Einfache ist, das schwer zu machen ist. Claus Träger hat Grundlagen der sozialistischen Gesellschaft immer verteidigt, aber ein unkritischer Geist war er zu keiner Zeit.

Ein guter Theoretiker und Forscher muss nicht unbedingt ein guter Redner sein – und umgekehrt. Bei Claus waren beide Talente auf glücklichste Weise verbunden. Wer je einen Vortrag oder eine Vorlesung von ihm hörte, der konnte sich dem Eindruck nicht entziehen, der von seiner enzyklopädischen Bildung, seinem sprühenden Geist und seiner geschliffenen Sprache ausging. Claus Träger stand in einer Tradition, deren Grundlagen Gelehrte wie Werner Kraus und Walter Markov an der Leipziger Universität gelegt hatten, und er hat sie in würdiger Weise weitergeführt. Eine objektive, von Vorurteilen freie Geschichtsschreibung wird dies nicht ignorieren können. Seine Freunde aber werden ihn nicht vergessen.

• HELMUT SEIDEL

Werner Mittenzwei erläuterte in der Rosa-Luxemburg-Stiftung Leipzig anhand der Entstehung seines Buches „Zwielicht“ die Schwierigkeiten für DDR-Wissenschaftler, eine überzeugende Autobiografie zu schreiben.

„DDR-Autobiografien sind langweilig“, hatte ein bekannter Bürgerrechtler laminiert. Dem setzt Mittenzwei entgegen: „Es gibt nur langweilige und spannende Erzähler.“ Ob ein DDR-Wissenschaftler sein Leben spannend erzählen kann, hängt wesentlich davon ab, inwieweit er sich der Schwierigkeiten des Genres Autobiografie bewusst ist. Er betritt mit seinem Vorhaben ein Kampffeld, auf dem er sich mit seinen Lebenszielen auseinandersetzen, die Vorbilder und ihren Einfluss auf seine wissenschaftliche und politische Arbeit charakterisieren und die Gegner benennen muss. An die Gesellschaftswissenschaftler der DDR wird

zum Beispiel der allgemeine Vorwurf gerichtet, dass sie die durch Partei und Staat gesetzten Grenzen nur selten überschritten hätten. Von ihren Stellungnahmen wird deshalb erwartet, dass sie Antworten auf die Frage geben, wie sie mit dieser Situation fertig wurden. Alles, was in der DDR ungelöst blieb, muss zur Diskussion gestellt werden, ohne, wie Volker Braun treffend bemerkte, „Kronzeuge des Abrisses“ zu werden. Die persönliche Auseinandersetzung mit den historischen Ereignissen ist zu schildern und die Ursachen für einzelne Entscheidungen und bestimmte Entwicklungen sind zu formulieren. Gegen die von der herrschenden politi-

Widerspruch gegen Deutungshoheit über DDR-Geschichte

schen Klasse angemessene Deutungshoheit über die Vergangenheit muss Widerspruch angemeldet werden. Die gewonnenen Einsichten sollten in diesem Prozess größere Überzeugungskraft haben als die im Schutz der Deutungshoheit gemachten Erklärungen und damit zur Korrektur des Geschichtsbildes beitragen.

Werner Mittenzwei schildert in diesem Zusammenhang sein eigenes Herangehen am Beispiel von „Zwielicht“, einer kulturkritischen Autobiografie, in der er sich auf die Suche nach dem Sinn der vergangenen Zeit in der DDR begibt. Die Grundlage seines Rückblicks nennt er bewusstes Niederlagedenken im histori-

schon Kontext und zitiert dazu überraschend den bekannten deutschen Historiker Reinhart Koselleck, der herausfand: „Historische Gesamterkenntnisse stammen mehrheitlich von den Besiegten.“

In seinen weiteren Ausführungen charakterisiert Mittenzwei noch andere Schwierigkeiten, die beim Schreiben von Memoiren warten. Es sind dies der richtige Umgang mit dem Generationsproblem, die Forderung, subjektiv zu schreiben, „um wahr zu sein“, und die verantwortungsbewusste Beurteilung der Menschen, die den Lebensweg kreuzten.

„Autobiographie heißt erinnern und in der Erinnerung kreuzen sich die Zeiten“, schließt er ab und schickt verschmitzt lächelnd ein Zitat von Christa Wolf hinterher: „So, wie wir uns erinnern, ist es nicht gewesen.“

Widersprüchlich? Nein! Mit der Summe der Lebenserfahrungen schärfen oder trüben sich Blick und Verstand für das Vergangene.

• MANFRED BOLS

Als Elmar Faber vor einem Jahrzehnt ankündigte, eine Bibliothek literarischer Zeugnisse der untergegangenen DDR aufzulegen, gab es nicht wenige skeptische Stimmen. Doch schon nach dem Erscheinen der ersten Bände verstummten sie nach und nach. Es machte sich vielmehr zunehmend Bewunderung breit ob des verlegerischen Mutes, der hier bewiesen wurde. Die oft gestellte Frage, wie viele Bände die Bibliothek umfassen würde, ließ der Herausgeber immer offen: Sie lebt, sie müsse immer wieder neu gedacht, neu gelesen werden, war seine Antwort.

Mit dem 25. Band liegt die DDR-BIBLIOTHEK nunmehr abgeschlossen vor. Den Kern der BIBLIOTHEK bilden 18 Romane und große Erzählungen. Hinzu kommen zwei Bände Erzählungen aus den Jahren

1949–1969 und 1970–1990 sowie zwei Essaybände, darunter Johannes R. Bechers kulturphilosophische Essays *Aufstand im Menschen*. Für die dramatische Kunst steht beispielhaft ein Band mit Stücken von Heiner Müller. Jeder in der BIBLIOTHEK aufgenommene Autor ist nur mit einem Titel vertreten, und das nicht unbedingt mit seinem bekanntesten oder verbreitetsten, sondern mit jenem Werk, das in der Literaturgeschichte der DDR eine besondere Stellung einnimmt. So findet sich von Christa Wolf nicht der Roman *Kindheitsmuster*, sondern der *Geteilte Himmel*. Oder von Hermann Kant wurde nicht auf die *Aula* zurückgegriffen, sondern auf das *Impressum*. Ein Gesichtspunkt

Die DDR-BIBLIOTHEK von Faber & Faber ist abgeschlossen

der Auswahl war, dass die in der BIBLIOTHEK vertretenen Autoren mit ihren Werken zugleich die innere Konfliktlage der DDR widerspiegeln. Und so finden sich in der BIBLIOTHEK neben Autoren die sich unmissverständlich zur DDR bekannten, wie Becher, Neusch, Kant oder Otto, auch Autoren, die die DDR völlig oder weitgehend verneinten, wie Hilbig, Müller, Schlesinger oder Endler. Entscheidend für die Auswahl der entsprechenden Werke war, dass sie zugleich Auskunft geben über Tendenzen und Vielfalt der literarischen Handschriften in der DDR. So ist denn auch jedem Band ein ausführliches Nachwort beigegeben – verfasst von sachkundigen Literaturwissenschaftlern –, in dem aus-

föhrlich die jeweilige Werk- und Verlagsgeschichte des Buches dokumentiert wird.

Für den leidenschaftlichen Büchermacher Elmar Faber war es selbstverständlich, dass eine solche BIBLIOTHEK auch einer entsprechenden Ausstattung bedurfte. Folglich sind die Bände in schönem Leinen gebunden, haben Fadenheftung, ein Lesebändchen und einen farbigen Schutzumschlag. Gestaltet wurde der einheitliche Einband von dem bedeutenden Buchgestalter Juergen Seuss.

Wenn der Herausgeber auch nicht alle ursprünglichen Absichten verwirklichen konnte, so bleibt doch unbestritten, dass Faber & Faber mit der DDR-BIBLIOTHEK eine editorische Leistung

vollbrachte, die in der jüngeren Publikationspraxis ihresgleichen sucht. Wer künftig sich mit der Literatur der Deutschen Demokratischen Republik beschäftigen will, wird an der Faberschen DDR-BIBLIOTHEK nicht vorbeikommen.

• EDMUND SCHULZ

Da von den Bänden der DDR-BIBLIOTHEK im Verlag nur noch Restbestände vorhanden sind, kostet jeder Band 10 Euro oder zusammen 230 Euro. Bestellungen sind möglich bei Faber & Faber, Mozartstraße 8, 04107 Leipzig, Tel: 0341-21 56 783; Fax: 0341-21 56 784; E-mail: heike-krause@faberundfaber.de

Die DDR im Spiegel ihrer Literatur

KARL NUß kam am 7. Mai 1945 als 18jähriger in einem Wald bei Bad Wilsnack an der Elbe in sowjetische Gefangenschaft. Er saß allein in einem Autobus und schlief vor Erschöpfung. Ein gleichaltriger Rotarmist weckte ihn. Seine Worte: „Hallo Kamerad, Krieg kaputt, Hitler kaputt, du nach Hause“. Der Sowjetsoldat nahm den Deutschen mit in ein Dorf und dort bekam er erst einmal Nahrung wie die Rotarmisten, die ihn in ihre Mitte nahmen. Es war wunderschönes Wetter und sie strahlten vor Freude, dass der Krieg zu Ende war. Was folgte, was den jungen Soldaten zum erklärten Antifaschisten und Sozialisten machte, schrieb der spätere Professor in einem über 70-seitigen Manuskript auf. Hier einige Auszüge. Karl Nuß aber wäre kein Historiker, wenn er nicht so begonnen hätte:

Mit Unterschrift des Chefs des Oberkommandos der Wehrmacht, Generalfeldmarschall Keitel, unter die Urkunde der bedingungslosen Kapitulation am 8. Mai 1945 in Berlin-Karlshorst und mit der fast zeitgleichen Verhaftung der Regierung Dönitz durch die Westalliierten hatte das von Hitler geprägte Deutsche Reich zu bestehen aufgehört. Das gesamte Staatsgebiet war militärisch besetzt.

Grundlage für den Umgang mit Deutschland und den Deutschen war das Potsdamer Abkommen vom 2. August 1945. Es sah die Vernichtung des deutschen Militarismus und Nazismus, die entschädigungslose Enteignung des Großgrundbesitzes durch eine Bodenreform sowie der Betriebe der Naziaktivisten und Kriegsverbrecher, dazu die Entflechtung der deutschen Rüstungsindustrie vor. Die Besatzungsmächte hatten das Recht auf angemessene Reparationen und Wiedergutmachung für die ihnen zugefügten materiellen Verluste und Schäden.

Auf mich fiel das Los, einer der insgesamt 2,1 Millionen Soldaten und Offiziere zu sein, die sich in sowjetischer Kriegsgefangenschaft befanden. Zuerst war ich ein Einzelgefangener bei einer kleinen Einheit der Roten Armee. Meine Einheitsuniform löste sich in Luft aufgelöst und ich habe auch nie wieder nur einen einzigen Angehörigen einer der Marinegrenadierdivisionen angetroffen.

Über die Kriegsgefangenschaft in der UdSSR gab es schon zu Kriegszeiten eine ungewöhnlich intensive und phantasiereiche Gräuelpropaganda. Alles was das Naziregime bis dahin an Qualen für die Insassen der Konzentrationslager und die sowjetischen Kriegsgefangenen erdacht und praktiziert hatte, wurde den Sowjets bezüglich der Behandlung deutscher Kriegsgefangener angedichtet. Das sollte zunächst die Kampfmoral stärken.

Der Weg nach Osten

Der Umgang der Rotarmisten mit mir hatte mich, psychisch wie geistig, vollkommen entwaffnet. Obwohl Gefangener, fühlte ich mich in den ersten Tagen und Wochen zum ersten Mal in meinem jungen Leben frei, befreit von vielen Ängsten, die mich bisher belasteten, von denen, die mich während des faschistischen Regimes beherrschten oder mit dem Kriegsgeschehen verbunden waren. Der Krieg mit all seinen Zwängen und Konsequenzen war vorbei und ich am Le-

ben. Die von den einfachen Rotarmisten nicht erwartete tiefe Menschlichkeit stimmte mich hoffnungsvoll. Was die Folgezeit noch bringen würde, war mir erst einmal gleichgültig.

Ich kam zu einer Sammelstelle, an der sich bereits etwa 200 Mann eingefunden hatten. Noch bei Sonnenschein ging es auf den Weg. Als der Wald hinter uns geblieben war, brannte die Sonne erbarmungslos auf die Köpfe. War ein Dorf in Sicht, ritt der Posten am Beginn der Kolonne voraus und rief, auf welche Weise blieb uns verborgen, die noch verbliebenen Bauersfrauen vor die Gehöfte, damit sie uns Wasser zum Trinken reichten. Namentlich in der Berliner Gegend ereignete es sich nicht selten, dass einige zwar mit ihrem Eimer voll Wasser und einem Topf zum Schöpfen an den Straßenrand kamen, doch sie gossen es absichtlich daneben oder einem ins Gesicht und nicht ins aufgehaltene Kochgeschirr.

Sowjetische Gefangenschaft als Schule



Foto: Wart

„Verräter, Feiglinge“, das waren ihre am meisten gebrauchten Worte.

Nach einigen Tagesmärschen hatte ich verschiedene Typen des Reagierens auf die Kriegsniederlage und unser Kriegsgefangenenendesein wahrnehmen können. Da gab es die wahrscheinlich von Angst und schlechtem Gewissen Geplagten. Offiziere waren die ersten, die sich ihrer Orden und Ehrenzeichen entledigten und ihre Schulterstücke mit den Dienstgradabzeichen verschwinden ließen. Feldwebel und Oberfeldwebel taten meist das Gleiche. Das bedeutete nicht, dass die meist „Osterfahrenden“ nur irgendeinen Funken Reue oder Bedauern über die deutsche Kriegführung gezeigt hätten. Der Krieg und speziell der Überfall auf die UdSSR war nach ihrer Ansicht gerechtfertigt. Jetzt aber verkrochen sie sich in der Masse der gemeinen Soldaten. Ich fragte mich, wo denn die vielgerühmte Ehre des deutschen Soldaten geblieben ist, die man uns Jungen immer wieder vorgebetet hatte.

Dann gab es die „Raffer“. Das waren vornehmlich Leute vom Unteroffizier aufwärts, die zum Zeitpunkt der Kapitulation der Wehrmacht nichts anderes kannten, als sich zum Nutzen ihres leiblichen Wohls mit Lebensmitteln aller Art zuzusorgen. In ihren Ansichten zum Krieg

unterschieden sie sich nicht von den gerade erwähnten. Aber sie trugen Rucksäcke, Taschen und Brotbeutel voller Konserven. Der Teufel weiß, woher sie das Zeug hatten. Ein Feldwebel brach vor meinen Augen unter der Last seiner Konserven zusammen. Ich half ihm auf, gab ihm aus meiner Feldflasche den letzten Rest Wasser zum Trinken und fragte ihn, ob er mir nicht einen Teil seiner Last nur zum Tragen überlassen wollte. Er lehnte strikt ab und warf mir vor, ich wolle ihm doch nur seine Verpflegung stehlen. Diese Typen waren meist jene, die von Tag zu Tag immer mehr verdrehten. Mich widerte dieses Verhalten an und so verlor ich allmählich den letzten Respekt vor all denen, die einmal meine Vorgesetzten hätten sein können. Sie hatten sich so lange stark gefühlt, wie sie Macht über ihre Untergebenen ausübten. Jetzt wurden sie kleinlaut, haltlos und feige.

Mein langer Weg

Schließlich lernte ich noch eine kleinere Gruppe von Leuten kennen, die sehr wohl das Ausmaß der Katastrophe begriffen hatten, in die Deutschland geraten war und auch die Verantwortlichen dafür beim Namen nannten. Es waren älteren Soldaten. Einzelne gaben sich als ehemalige Sozialdemokraten zu erkennen. Sie erzählten mir manches über die Machtergreifung des Faschismus in Deutschland und was dann kam. Vor allem waren sie keine haltlos gewordenen Egoisten. Ihre Dienstgradabzeichen hatten sie nicht verschwinden

lassen, aber den Naziadler an der Uniformjacke abgetrennt.

Posen

Nach mehrstündiger Fahrt langten wir in Posen an. Die Unterkünfte waren sauber und geräumig. Transporte kamen und gingen. Offenbar wurde das Lager von Kriegsgefangenen verwaltet, denn russische Soldaten oder Offiziere bekam ich nicht zu Gesicht. Dafür stellten sich aber deutsche Lagerfunktionäre vor. Sie trugen keine Rangabzeichen usw. Manchmal sah man eine schwarz-weiß-rote Armbinde, mit der sich Vertreter des Nationalkomitees „Freies Deutschland“ (NKFD) kennzeichneten. Einzelne trugen die blau-weiß gestreifte Kleidung von KZ-Häftlingen mit dem roten Winkel und der Häftlingsnummer. Allesamt waren diese Leute offenherzig und entgegenkommend.

Ich dürfte der einzige Freiwillige des folgenden Russland-Transports gewesen sein. Oft habe ich mich gefragt, was mich zu meiner Entscheidung veranlasst hatte. Während des Aufenthalts in Posen wurde sehr viel über den Krieg, die Verantwortung Hitlerdeutschlands für ihn und Verbrechen gegen die Menschlichkeit gesprochen. Es zeigte sich, dass mancher von uns nun doch nach der Wahrheit

suchte. Offenbar war ich einer der heftigsten Diskutanten. Das führte dazu, dass sich ältere Soldaten, die weitblickender waren, meiner annahmen. Einer von ihnen, ich nenne ihn Alfred, bemühte sich sehr, mir die Zusammenhänge verständlich zu machen, die zu Faschismus und Krieg geführt hatten. Er war Sozialdemokrat gewesen und nach 1933 gemäßregelt worden. Nach seiner Ansicht war die Kriegsniederlage ein Segen für die Menschheit. Die Russen erschienen ihm als Befreier und alle seine Hoffnungen richteten sich darauf, dass Deutschland künftig einen Weg ohne Krieg gehen werde. Wir schlossen Freundschaft und beschlossen auch, uns nicht voneinander trennen zu lassen. Das war aber nicht so einfach, denn die Kriegsgefangenen wurden gerade nach Alter und Beruf sortiert. Ich war 18 Jahre alt und nur Oberschüler. Alfred ging schon auf die Fünzig zu und

hatte einen Beruf. Offiziere waren bereits in eine separate Abteilung des Lagers verlegt worden; sie hatten laut Genfer Konvention keine Verpflichtung zur körperlichen Arbeit, außerdem erhielten sie andere Verpflegung. Für mich interessant war, wie diese Leute jetzt aus der Anonymität des „Lagers“ heraustreten, damit sie in den Genuss der Privilegien kommen konnten.

Eines Tages wurde über den tagsüber unterbrochen laufenden Lagerfunk ein Aufruf an die jugendlichen Kriegsgefangenen verlesen. Alle, die 18 Jahre und jünger waren, sollten sich melden. Man wollte Jugendkompanien bilden, die nach einem halben Jahr Arbeit im polnischen Steinkohlebergbau entlassen werden sollten. Ich glaubte nicht daran und auch Alfred war misstrauisch. So machte ich mich um ein Jahr älter. Ohnehin wäre ich in wenigen Monaten 19 geworden. Niemand kontrollierte die Angabe. Aber die Konsequenz bestand darin, gemeinsam mit Alfred auf Transport gehen zu können. Es kam nur Russland in Betracht. Alfred meinte, es könnte vielleicht recht lehrreich sein, hier den Sozialismus kennen zu lernen.

Wohin unser Transport ging, wussten wir nicht. In jedem Waggon befanden sich etwa 20 Mann. Die Liegestätten waren ausreichend mit Stroh abgedeckt. Es gab einen Kanonenofen mit Abzug durch die Wagenwand. Er wurde nicht benötigt. In einer Ecke des Waggons befand sich eine Vorrichtung zur Verrichtung der Notdurft. Der Zug rollte immerfort ostwärts, durch Polen, durch Weißrußland, weiter und weiter. Meistens nachts.

Taliza

Wie eine kleine Stadt kam es mir vor, das Lager. Die erste Nacht ist mir unvergesslich. Wir wurden provisorisch in eine der abseits liegenden neueren Erdbaracken eingewiesen. Nichts deutete auf das hin, was uns hier erwartete. Selbst die uns in die Quartiere einweisenden Lagerfunktionäre schienen es nicht geahnt zu haben. Die Baracken waren verwandt und hatten wochenlang leer gestanden. Die Wanzen hatten sich in dieser Zeit stark vermehrt und waren „ausgehungert“. Ungelernten Arbeitern, vor allem auch ehemaligen Angestellten, Schülern und Studenten fiel die schwerste Arbeit zu: Straßen- und Wegebau, Hilfsarbeiten auf

Baustellen und im Schacht, beliebige Außenarbeiten bei jeder Jahreszeit und Witterung. 10 bis 12 Stunden Arbeitszeit waren keine Seltenheit. Ich bemerkte erst sehr spät, dass man sich auch als „Spezialist“ melden konnte, ohne es zu sein. Die Facharbeiter halfen bei der Qualifizierung. Ich tat das nicht und wurde deshalb „Schwarzarbeiter“, wie die Ungelernten bezeichnet wurden.

Nach der Kapitulation organisierten die Antifa-Komitees Lagerversammlungen. Jeder hatte die Möglichkeit der Teilnahme. Zu den Themen gehörten u. a. die Ursachen des Kriegs, die an den Völkern begangenen faschistischen Verbrechen und die Bereitschaft zur Wiedergutmachung, die Zukunft Deutschlands. Ehemalige Militärfarrer gestalteten die Seelsorge. Alles, was ich im Hauptlager Taliza erlebte, war durch ein solches Lagerleben geprägt. In Taliza konnte man

sammlung zur Weihnachtszeit 1945, der Dichter Erich Weinert hatte gesprochen. Namentlich die älteren Kriegsgefangenen fragten hartnäckig, wann sie denn nun nach Hause zu ihren Familien kämen. Weinert konnte die Versammelten zwar besänftigen, jedoch nicht überzeugen. Wie sollte das auch möglich sein, hatte er doch selbst keinen Einfluss darauf.

Die Antifa-Arbeit im Arbeitslager Taliza wurde von deutschen Emigranten angeleitet, die z. T. auch an der Antifaschule als Lehrer tätig waren. Es waren durchweg sehr ruhige und überzeugend wirkende Menschen, die uns immer wieder darauf aufmerksam machen mussten, dass unser Kriegsgefangenen schicksal die Folge des Hitlerkrieges war und es uns trotzdem erheblich besser ging, als bedeutenden Teilen der Bevölkerung. Niemand von uns wusste, dass sie als Emigranten unter Stalin manchmal ein

Lehrgang war allerdings nicht mehr mit dem der vorhergegangenen acht Lehrgänge der Kriegszeit identisch. Die Veränderungen ergaben sich aus dem Umstand, dass der Krieg beendet war und es Hitlerdeutschland nicht mehr gab. Außerdem hatte im Osten Deutschlands eine Umgestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse begonnen.

Das Grundanliegen der Ausbildung bestand nicht mehr in der Vorbereitung für die antifaschistische Lagerarbeit oder für einen Fronteinsatz, sondern in der politisch-theoretischen Qualifizierung für Aufgaben, die bei der Neugestaltung Nachkriegsdeutschlands anstanden.

Was das für Aufgaben waren, konnte man aus sehr verschiedenen Blickwinkeln sehen. Churchills Fulton-Rede vom 5. März 1946 hatte die Zusammenarbeit der Siegermächte des Zweiten Weltkrieges beendet und den Kalten Krieg eröffnet. Damit lag die Wahrscheinlichkeit in der Luft, dass die westlichen Besatzungszonen zu einem Aufmarschgebiet für einen Dritten Weltkrieg würden. Für die dorthin geflüchteten Naziliten der zweiten Reihe war das eine Chance, doch noch das gegen Ende des Zweiten Weltkrieges angestrebte Bündnis mit den USA, Großbritannien und Frankreich gegen die UdSSR herbeiführen zu können, wenn auch nur als Juniorpartner.

Als natürliche Reaktion auf die Drohung verbreitete sich in der ausgebluteten und zerstörten UdSSR die Angst vor einem neuen Krieg. Sie war um so verständlicher, als die USA 1945 in Japan Atombomben eingesetzt hatten, über die die UdSSR noch nicht verfügte.

Der Lehrgang selbst bot für alle Teilnehmer etwas völlig Neues. Für die Älteren, namentlich für diejenigen, die im antifaschistischen Widerstand gestanden oder in Zuchthäusern und KZ gelitten hatten, war der Lehrstoff etwas, das sie mit den eigenen Lebenserfahrungen vergleichen konnten.

Für uns junge Leute, die nichts anderes kannten als Faschismus und Krieg, war der Lehrstoff eine Offenbarung. Man sog das, was einem geboten wurde, in sich auf wie ein trockener Schwamm das Wasser. Unser Verhältnis zum Lehrstoff war infolgedessen weniger kritisch als bei den Älteren.

Ich war inzwischen so weit, dass mich missionarische Arbeit im Auftrage der Partei reizte. Parteikader zu sein bedeutete die Zugehörigkeit zum wissenden Kern der Partei und bis zu einem gewissen Grade Schutz gegenüber Anfechtungen. Bis jetzt wollte ich nach wie vor einmal Arzt werden. Noch scheute ich noch vor

den Konsequenzen, denen Berufsrevolutionäre ausgesetzt waren.

In meinen Aufzeichnungen von damals steht: „Die Beschlüsse der Potsdamer Konferenz sind die Grundlage für den Neuaufbau eines neuen Staates. Allerdings ist Deutschland zur Zeit ein besetztes Land. Die Siegermächte üben in den ihnen zugeteilten Besatzungszonen die oberste Regierungsgewalt aus. Der Alliierte Kontrollrat und der Rat der Außenminister üben die oberste Regierungsgewalt aus. Beide Institutionen können jedoch nur wirksam werden, wenn sie auf die Unterstützung durch die demokratischen Kräfte bauen können. Dazu wurden in allen Besatzungszonen demokratische Parteien gebildet ... Im Mittelpunkt sollte jetzt die Einheit der Arbeiterklasse stehen. Die neuen Parteien vertreten unterschiedliche Klasseninteressen. Notwendig wäre aber ein antifaschistischer Konsens zwischen ihnen.“

Damit sich die Geschichte nicht wiederholt, so begriffen wir, waren grundlegende Veränderungen in der Gesellschaft herbeizuführen. Vor allem die Enteignung des Junkerlandes und damit die Vollendung der bürgerlich-demokratischen Revolution auf dem Lande, die Entmachtung der kapitalistischen Monopole, die Zerschlagung des Militarismus und die Säuberung des alten Staatsapparates. Auf der Tagesordnung stand zudem die Entfernung der Nazis aus dem Staatsgefüge und ihre Ersetzung durch demokratische Kräfte.

In den westlichen Besatzungszonen, so erfuhren wir, blieb der alte Staatsapparat unverändert. Lediglich die Spitzenpositionen wurden umbesetzt: „Die wirtschaftliche Macht befindet sich nach wie vor in den Händen der Konzerne. Die Parteien sind bestrebt, das Alte weitgehend in die neue Zeit hinüber zu retten. Die Besatzungsmächte wirkten 1945/46 lediglich auf die Entflechtung der Mammutkonzerne, wie z. B. der IG-Farben AG, ein. Rüstungsbetriebe wurden nicht demonstriert. In den Westzonen konnten sich auch die reaktionären Kräfte wieder organisieren. Das geschah in Bayern auf dem Wege der Gründung der CSU. Selbst die laut Nürnberger Gerichtsbeschluss verbotene SS konnte hier eine illegale Hilfsorganisation aufbauen. Die rechten Führer der SPD im Westen sabotierten bisher das Zusammengehen mit der KPD. So ist es im Westen zu keiner durchgreifenden Entnazifizierung und Entmilitarisierung gekommen. Man bestrafte die Mitläufer und hob die Naziaktivisten in leitende Positionen. Die faktische Nichtdurchführung der Beschlüsse der Potsdamer Konferenz ist es, mit der es zu einem Auseinanderdriften von Westzonen und Ostzone kommt.“

Meine Schlussfolgerung

Die Antifa-Schule hatte uns viel gegeben, vor allem an Einsichten in die gesellschaftlichen Prozesse und Gesetzmäßigkeiten. Das half uns sicher, uns in der damaligen Ostzone durchzuschlagen. Die Einsichten waren für mein weiteres Leben prägend und es war selbstverständlich, dass ich versuchen würde, mich nach ihnen zu richten. Schließlich war ich entschlossen, Mitglied der SED zu werden und in ihren Reihen selbstlos für eine neue menschenwürdige Gesellschaft zu kämpfen. Als Kommunist wollte ich mich nicht bezeichnen, denn Kommunisten sah ich hoch über mir stehen. Sie hatten Erfahrungen im Klassenkampf und für ihre Ideale gelitten. Zur Verwirklichung der kommunistischen Ideale war noch ein sehr weiter Weg zu gehen.

nach Hause

sonntags zum Gottesdienst gehen. Im Sommer fand er im Freien statt. Ich nahm einmal aus Interesse daran teil. Die Predigt des Militargeistlichen war gespickt mit Bibelgleichnissen. Das Gebet richtete sich auf Gottes Beistand für eine baldige Entlassung in die Heimat. Er traf damit den Nerv der etwa hundert Teilnehmer. Wie ich gingen dann aber immer weniger Leute zum Gottesdienst. Die Sprüche waren zu wirklichkeitsfremd.

Das Hauptlager barg noch eine Besonderheit: In den älteren Gebäuden beherbergte es eine Antifa-Schule. Sie wurde von deutschen Kommunisten geleitet, die als Emigranten in der UdSSR lebten. Aus Arbeitslagern wurden dorthin Kriegsgefangene zu dreimonatigen Lehrgängen delegiert, um nach deren Abschluss als Propagandisten für die antifaschistischen Lageraktivitäten tätig zu werden. Ich habe aber erst in der DDR einige von ihnen kennengelernt. Daher weiß ich, dass während des Krieges hier auch Angehörige des NKFD auf ihren Einsatz an der Front oder hinter den deutschen Linien vorbereitet wurden. Im älteren Teil des Lagers befanden sich auch der Klub mit Bibliothek und Kultursaal. Hier fanden Tanz- und Filmveranstaltungen statt. Mangels Frauen und Mädchen tanzten Männer miteinander, auch Rotarmisten mit Kriegsgefangenen.

Ich erinnere mich an eine erregte Ver-

noch schwereres Leben hinter sich hatten als mancher von uns.

Antifa-Schule

Es war im Mai 1946, als mich einer der Aktivisten vom Antifa-Komitee fragte, ob ich Interesse am Besuch einer Antifa-Schule hätte. Ich bat mir Bedenkzeit aus. Vor allem war mir nicht klar, was das ist und weshalb ausgerechnet ich dorthin fahren sollte. Die Antwort des Instrukteurs hatte mich noch nicht überzeugt. Man hielt mich einfach für „würdig“. Dann aber kam das Argument, nicht jeder könne einen solchen Lehrgang besuchen, man würde delegiert. Den Ausschlag gab meine Lust zum Lernen. Ich wollte mehr wissen über Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft. Die in späteren Jahren übliche Absicht, sich zu Lehrgängen an Antifa-Schulen in der Hoffnung zu melden, auf diese Weise schneller in die Heimat zu kommen, kam mir nicht in den Sinn. Wenige Tage später ging es los. Nicht in Taliza, sondern in vorerst in Krasnogorsk bei Moskau. Nach dem Abschluss der Sondierungsrunden der Lagerleitung sollte noch viel Zeit vergehen, bis der Lehrgang begann. Sie wurde ausgefüllt mit kurzzeitiger Arbeit in verschiedenen Arbeitskommandos.

Im März 1947 war es dann so weit. Wir kamen nach Noginsk in das Objekt Nr. 40. Das Lehrprogramm für den 9.

Ein ehrliches Bekenntnis zum Potsdamer Abkommen ist auch heute durch diese BRD nicht zu erwarten“, urteilte kürzlich der Völkerrechtler Walter Poeggel am Ende einer lebhaften Diskussion in der Rosa-Luxemburg-Stiftung über die Zwangsausiedlung aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten und der Tschechoslowakei nach dem 2. Weltkrieg. In seinem vorangegangenen Vortrag hatte er nachgewiesen, dass die Aussiedlung der Deutschen auf der Grundlage einer von den Siegermächten in Potsdam beschlossenen völkerrechtlichen Vereinbarung begründet und gerechtfertigt war. Sie erfolgte im untrennbaren Zusammenhang mit der Gebietsabtrennung und aufgrund der Erkenntnis, dass wegen des angestauten Hasses gegen die Deutschen ein friedliches Zusammenleben nicht möglich war. In diesem Sinne war sie im Prinzip eine Überlebensmaßnahme für die deutsche Bevölkerung in den betroffenen Gebieten, auch wenn ihre praktische Realisierung teilweise von Verbrechen an Menschen begleitet war.

Die Bestimmungen der 14 Verträge von Potsdam und der Kon-

trollratsbeschlüssen finden in der öffentlichen Diskussion über die Vertreibung leider immer weniger Beachtung. So ist es auch kein Zufall, dass Bundespräsident Köhler in seiner national-konservativen Rede anlässlich des 60. Jahrestages der Befreiung vom Faschismus dieses Abkommen mit keinem Wort erwähnte. Die gesplante Haltung der deutschen Regierung zum Potsdamer Abkommen kommt auch darin zum Ausdruck, dass nicht konsequent gegen die revanchistische Propaganda der Rechtsextremen und der NPD vorgegangen wird. Der Bundespräsident wäre zum Beispiel berechtigt, aus diesem Grunde Antrag auf Verbot der NPD zu stellen. Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, dass das Problem der Vertreibung immer wieder, zuletzt erst wieder durch den Auftritt Stoibers auf dem Treffen der Sudetendeutschen, am Kochen gehalten wird, um Druck auf die östlichen Nachbarn auszuüben. Die Vertreibung des Potsdamer Abkommens aus der öffentlichen Diskussion sollte deshalb beendet werden.

• MANFRED BOLS

Potsdamer Abkommen und Vertreibung

Leipziger Musikliebhaber, die außer dem alljährlich im Gewandhaus erklingenden *Messias* ab und an auch ein anderes der mehr als 25 Oratorien oder gar eine von den über 40 Opern Georg Friedrich Händels erleben wollen, müssen

Von **WERNER WOLF**

sich heutzutage zum Händelfest nach Halle und Bad Lauchstädt begeben. Die Zeiten, in denen nach 1945 schon im Hause Dreilinden wieder Händel-Opern geboten wurden und der Herzsche *Xerxes* mit Horst Gurgel als Dirigenten international Furor erweckte, sind vorbei.

Doch das Hallesche Opernhaus hatte nach dem szenisch wenig überzeugenden *Hercules* des Vorjahres diesmal mit *Rodalinda* noch weniger Glück. Die von Peer Boysen vorgeführte Mischung aus Farce und Polit-spektakel dieses nun wahrhaftig ersten Werkes fiel bei der überwiegenden Mehrheit der Besucher durch und stieß auch bei Fachleuten auf wenig Begeisterung. Gefeierte wurde vor allem

Zu Händel nach Halle und zurück ins Gewandhaus

Romelia Lichtenstein in der Titel-partie.

So richteten sich alle Opernhoffnungen auf *Amadigi di Gaula* im Goethe-Theater Bad Lauchstädt. Mit knappen Gesten und farbenreichen Projektionen orientieren der Regisseur Rüdiger Pape und die Ausstatterin Ursula N. Müller auf das Wesentliche des szenischen Geschehens. Statt Textübertragungen lenken Angaben zum Inhalt der Szenen die Aufmerksamkeit auf den emotionalen Gehalt der Musik. Der kommt im Gesang Maria Riccarda Wesselings als Amadigi und Sharon Rostorf-Zamirs als Zauberin Melissa bewegend zum Ausdruck. Wolfgang Katschner gestaltet den Instrumentalpart mit der Lautten Compagnie Berlin souverän. Die Beherrschung dieser Musik und ihrer historischen Aufführungspraxis verleitet ihn zuweilen aber zum Überziehen der Tempi. Diese Tendenz zeigte sich auf Kosten des Ausdrucks auch in der Aufführung des Oratoriums

Athalia durch den Deutschen Kammerchor und La Stagione Frankfurt unter Michael Schneider in Halles Marktkirche. Da wussten tags darauf der Händelfestspielchor des Händel-Hauses und das Händelfestspielorchester des Opernhauses Halle unter Leitung von Christian Curneyn mit *Jephta* im restaurierten Halleschen Dom weit stärker zu beeindrucken.

Im 8. (letzten) MatineeKonzert des MDR kamen die Besucher im Gewandhaus immerhin auch in den Genuss eines Händel-Programms. Howard Arman hatte nämlich mit dem Rundfunkchor und dem Sinfonieorchester für die Händelfestspiele ein Programm des „Handel Festival“ vom 20. Juni 1883 im Londoner Krystal Palace mit Höhepunkten geistlicher und weltlicher Musik einstudiert und wiederholte es für die Leipziger – großartig, wie von ihm zu erwarten.

Zu Ende ging auch die Rundfunkreihe „Zauber der Musik“. Im 8. Konzert beschwor Fabio

Luisi mit Maurice Ravel's *Rhapsodie espagnole* und *La Valse*, César Franck's Sinfonischen Variationen für Klavier und Orchester (vorzüglicher Solist Konstantin Lifschitz) und Claude Debussy's *La mer* den Klang- und Farb-reichtum dieser Musik.

Ein französisches Gewandhaus-Programm gab es mit dem Dirigenten Michel Plasson und dem meisterlichen Organisten Michael Schönheit. Zwischen dem Orgelkonzert von Francis Poulenc und der Sinfonie d-Moll von César Franck erweckten *The shadows of time* von Henri Dutilleux besonderes Interesse – ein ausdrucksdichtes, anspruchsvolles Werk.

Herbert Blomstedt stellte in seiner Chef-Abschiedsreihe mit dem Gewandhausorchesters der ausdrucksgeballt gespielten ersten Sinfonie von Johannes Brahms die stimmungsreiche, liebevoll ausgeformte Serenade seines schwedischen Landsmannes Wilhelm Stenhammar voran.

In memoriam Amadeus Webersinke

Große Worte oder gar aufdringliche Reklame waren nicht Sache des Pianisten und Organisten Amadeus Webersinke. Während seines Studiums am Institut für Kirchenmusik der Leipziger Musikhochschule erlebte er (u. a. bei Thomaskantor und Organist Karl Straube, bei seinen Klavierlehrern Otto Weinreich und Carl Martienssen), dass unermüdete Arbeit und gedankliche Klarheit die Grundlage für künstlerisches Wirken bilden.

1950 erweckte der damals Dreißigjährige Aufmerksamkeit, als er beim ersten internationalen Bach-Wettbewerb in Leipzig einen Preis für Orgelspiel gewann. Für seine Lehrtätigkeit an der Leipziger Musikhochschule und ab 1966 an der Dresdener wie auch für die solistische Laufbahn als Pianist und Organist fand Amadeus Webersinke einen eigenen Weg, indem aus den Eigenheiten beider Instrumente einen eigenen Musizierstil entwickelte und deren Vorzüge vereinte.

Wenn man seine Aufnahme des Klavierkonzertes von Max Reger mit den Dresdener Philharmonikern unter Günter Herbig aus den 1970er Jahren hört, beeindruckt die Klarheit und die gebändigte musikalische Gestaltung. Klarheit kennzeichnet auch seine Mozart- und Beethoven-Interpretation und selbstverständlich sein Bach-Spiel.

Folgerichtig beschloss der Künstler seine Laufbahn am 20. April 1984 in seinem letzten öffentlichen Konzert in der Aula der Dresdener Musikhochschule mit dem ersten Teil von Bachs „Wohltemperierten Klavier“.

Am Pfingstsonntag bereitete der Tod den Qualen nach einem Sturz ein Ende. • **W. WOLF**

Das Leipziger Theater Fact, die Kleine Komödie im Barthels Hof, bietet eine Überraschung: Es gibt keine Komödie zu sehen. Intendantin Ev Schreiber ist es gelungen, die Bühnenrechte für das jüngst im Berliner Renaissance-Theater (mit Ben Becker) umjubelte Stück *Dreier* des Berliner Dramaturgieprofessors Jens Roselt zu erwerben. Sie inszeniert das Dreipersonenstück ohne Schnörkel, mit Mut zur Stille. Ein Augenarzt hat seit zwei Jahren ein Verhältnis mit der Frau seines besten Freundes, einem aufstrebenden, an Impotenz leidenden Staatsanwalt. Die Spannung bezieht das Stück aus der Frage, wer eigentlich wen betrügt und wo die Wahrheit liegt, so es denn eine gibt. Ein seelisches Verwirrspiel eines dekadenten, gelangweilten Mittelstandes. Endzeitstimmung. Den Staatsanwalt (Tom Seidel) quält

Brüche im System

das Schlussplädoyer eines Strafverfahrens – ein Amokläufer hat im Arbeitsamt aus Verzweiflung gewütet. Sabine Kaminski überzeugt durch sinnliche Raffinesse. Daniel Dubilier als Liebhaber: zynisch ehrlich.

Wer ist eigentlich Herr Paul? Um diese Frage zu beantworten lohnt sich ein Besuch in der Neuen Szene. Fest steht, dass er sich der neoliberalen Turbogesellschaft entzieht. Die Weigerung, seine langjährige Bleibe in einer ehemaligen Fabrikhalle zu räumen, nur weil ein Investor mit bayrischem Akzent nebst jung-dynamischen Grundstückserben auftaucht, treibt die Figuren in Reflexionen und Konflikte. Der 1925 geborene, in Westdeutschland lebende Dramatiker Tankred Dorst zeigt im Stück *Herr Paul* das

skurile Modell einer philosophischen Verweigerungshaltung.

Regisseur Thorsten Duit betont weniger die Ost-West-Konstellation des 1994 uraufgeführten Stückes, sondern hebt die Allgemeingültigkeit der Entmenschlichung der Coupnabschneider und deren Helfershelfer hervor. Matthias Hummitzsch ist als Herr Paul in einer Paraderolle zu erleben und zeigt uns einen liebenswürdigen Eigenbrötler. Jörg Malchow als Erbe und Investorenhandlager Helm: wunderbar schliefrig und entnervt. Die schwierigste Aufgabe hat jedoch Stephanie Schönfeld: Sie stattet Helms Freundin Lilo mit einer notwendigen rutschigen Ambivalenz aus und schaukelt zwischen überkandideltem Neureichenblondchen und warmherziger Samariterin. Leider ist die Sicht auf den vorderen Bühnenbereich eingeschränkt. • **D. M.**

Ein Stück Markenbutter als Köder für kriminelles Tun. Geschehen 1960 in der DDR. Spannend erzählt vor 45 Jahren in der Adlershofer „Blaulich“-Folge: *Die Butterhexe*. Titelrolle: Edith Volkmann. Als Trickdiebin hatte sie es auf

Von **MICHAEL ZOCK**

Schmuck und Ersparnisse von Rentnern abgesehen. Dieser kleine Exkurs in die Fernsehgeschichte ist wieder einmal notwendig, weil jetzt behauptet wird, der „Tatort“ sei die älteste deutsche Fernseh-Krimi-Serie. Sicher, die kürzlich ausgestrahlte 600. Folge ist eine respektable Zahl, aber bei der Wahrheit sollte auch die ARD bleiben. Der erste *Tatort Taxi nach Leipzig* wurde 1970 ausgestrahlt. Ein Jahr später löste im DDR-Fernsehen Peter Borgelt (Oberleutnant Fuchs) im „Polizeiruf 110“

FF dabei

DER FILM- UND FERNSEH-LINK

Mit „Blaulich“ zum „Tatort“

Krimis, Kommissare und Arbeitslosigkeit

nach 29 Folgen das „Blaulich“-Team unter Bruno Carstens (Hauptmann Wernicke) ab. Das war seit 1959 im ersten (sozialistischen) Serienkrimi im Dienst und behandelte vor allem Fälle der offenen Grenze zu Westberlin, aber auch spektakuläre Fälle wie den eines Kindermörders.

Mord und Totschlag haben sich in den letzten Jahren auf dem Bildschirm so etabliert, dass einem Angst und Bange werden kann, schlösse man von den gezeigten Bildern vorschnell auf das reale Leben. Allerdings kommen Fernsehmagazine wie „Dabei ab

zwei“, „Hier ab vier“ oder „Brisant“ ohne die täglichen meist grauenvollen Straftaten nicht mehr aus.

„Ich nähre mich vom Schmutz und von der Kälte dieses Zeitalters.“ Ein Zitat des berühmten Kriminalchriftstellers Raymond Chandler. Datiert 1950 – in Anlehnung auf amerikanische Verhältnisse.

„Wir betrachten die Reihe ‚Polizeiruf 110‘ wie auch die Folgen von ‚Der Staatsanwalt hat das Wort‘ als Bestandteil der Gegenwartsdramatik.“ Datiert 1978. Ein Zitat des Drama-

turgen Lothar Dutombe. In Anlehnung auf DDR-Verhältnisse. Dazwischen lagen – wir wissen es – Welten.

Ziel der ARD-Tatorte ist vor allem, das Publikum zu unterhalten. Nicht so weltfremd philosophisch wie beim damaligen ZDF-Konkurrenten Derrick. Denn: Wohnungsbau-Skandale, Mafia, Organhandel, Rassismus wurden nicht ausgeklammert. Gerichtsakten gaben Anregungen für die Drehbücher. Anfänglich war das ehrgeizige Programm-Projekt auf zwei Jahre begrenzt. Ein Sende-Experiment, bei dem die damaligen Fernsehspielchefs bei den ARD-Direktoren um Genehmigung für die Fortsetzungen anfragen mussten. Jetzt im 35. Jahr ist die Serie unbestritten Kult.

Sie bekam nach der Wende, durch den vom DFF übernommenen und nunmehr westlich gestylten „Polizeiruf 110“ Konkurrenz. Besonders die Hauptdarsteller büßten gegen das

Klischee. Denn alle spielten plötzlich Kommissare (aber eben ganz anders): Angelica Domröse, Jutta Hoffmann, Winfried Glatzeder, Kurt Böwe. Viel ist davon leider nicht geblieben. Nur Jaecki Schwarz ermittelt noch in der Halleschen Region. Dort sind auch Theaterlegende Peter Sodann und seine Kulturinsel beheimatet. Sodann wurde 1992 beim MDR-Tatort in „Ein Fall für Ehrlicher“ ausprobiert und hat sich mit Kollegen Bernd Michael Lade erfolgreich behauptet. Übrigens, in den ersten Folgen spielte immer noch das bayrische Urgestein Gustl Bayrhammer den Leiter der Dresdener Kripo.

Kürzlich konnten viele der bekannten Gesichter bei „Beckmann“ zum mitternächtlichen Jubiläumsgeplänkel begrüßt werden. „Vielleicht ist die Zeit endlich reif für das Tatort-Thema Arbeitslosigkeit“, meinte da Peter Sodann und war als Ehrlicher wieder mal am ehrlichsten.

Ich bin dem Literaturwissenschaftler Ralf Schröder (1927–2001) persönlich kaum begegnet. Als ich mit dem Slawistik-Studium in Greifswald begann, lehrte er schon in Leipzig, und als ich eine Assistenz am Slawischen Institut in Leipzig anfang, lief gerade der Prozess gegen ihn und seine Freunde in Halle. Dann war er als „Staatsfeind“ sieben Jahre (1957–1964) Häftling in Leipzig, Halle und Bautzen. Später, ihm war jede Lehre an der Universität verweigert, begegnete ich ihm nur ein paar Mal – meine Beziehungen zum Verlag Volk und Welt, wo er leitend im Lektorat Sowjetliteratur arbeitete, waren minimal. Von seinem Häftlingschicksal erfuhr man wenig, auch nicht von seinen damaligen wirklichen Ansichten. Erst durch Erich Loests autobiographische Schriften kam mehr ans Licht (das aber im Grunde nach der Wende), vorher (ich gehe von meiner damaligen Haltung aus) war da vor allem ein (heute weiß ich es) unbegründetes Mißtrauen. Natürlich hatte ich seine großen Nachworte zu den Werken Trifonows, Tendrja-

Das schwierige Leben eines deutschen Slawisten

kows, Okudshawas, Bulgakows und vieler anderer Prosaiker gelesen; natürlich kannte ich seine Gorki-Studien und die Verknüpfungen mit dem „faustischen“ Moment im Schaffen des Dichters und seine tiefe Aufhebung der Ideen Dostojewskis – aber da ich andere wissenschaftliche Felder bearbeitete, nahm ich das Werk Schröders nur beiläufig zur Kenntnis. Ein Mangel, wie sich heute zeigt, denn Schröder hinterließ ein vielfältiges Werk, das erst noch aufgearbeitet werden will. Ihm blieb es versagt – aufgrund des Verbots, als Hochschullehrer tätig zu werden, eine eigene wissenschaftliche Schule zu bilden. Dabei sprechen seine wissenschaftlichen Leistungen für sich. Das erahnt man aus einer jetzt abgeschlossenen dreibändigen Dokumentation über sein Leben und seine literarischen Ansichten, die seit 2003

von seinem unlängst verstorbenen Bruder, dem Romanisten Winfried Schröder, und dem Leipziger Slawisten Willi Beitz vorbildlich betreut worden ist. Band 1 stellt ein wissenschaftliches Konferenzprotokoll samt vorläufiger Bibliographie dar; Band 2 bietet in geballter Form eine Kompilation seiner wichtigsten Ideen auf dem kulturpolitischen Hintergrund seiner Zeit. Schließlich wird in Band 3 das persönliche Schicksal des Wissenschaftlers in der DDR, sein Leben im Zuchthaus und sein von geistigen Zensoren bewachter Wiedereinstieg in die Welt der russischen Literatur deutlich; seine unvollendete Prosa hätte sicher den Titel tragen können „Mein Leben mit der russischen Literatur“. Erschütternd die Briefe der repräsentierten (und später rehabilitierten) Brüder an die Familie; erstaunlich die Festigkeit in sei-

nen schriftlichen Äußerungen, was seine Überzeugungen von einem demokratischen Sozialismus anging. Ohne zumindest in den vorliegenden Texten erkennbare Verbitterung, aber voller Zuversicht versucht hier ein Mann unter den misslichsten Bedingungen seinem Ideal zu leben – der Erforschung der russischen Literatur. Den Herausgebern gelingt es, durch eine außerordentlich geschickte Auswahl von Texten der SED-Führung, von zeitgenössischen marxistischen Kritikern und von Kulturhistorikern ein faszinierendes Bild auch der Zeit nach der Haftentlassung zu zeichnen. Dabei wird Schröders herausragender Beitrag zur Vermittlung, Edition und Deutung russischer Prosa evident, natürlich an der Seite von Leonhard Kossuth und anderen. Seine Essaysammlung „Roman der Seele, Roman der Geschichte“

(1986) gehört zum Wichtigsten, was in der DDR über die sowjetische Prosa geschrieben worden ist. Gleichzeitig aber – und das macht den Reiz des Gesamtwerkes aus – gewinnt man wie in einem Kaleidoskop die widersprüchlichsten Eindrücke über die Kulturpolitik der SED, vor allem auch über ihre Literaturpolitik. Am 15. April 2005 wäre Ralf Schröder 78 Jahre alt geworden.

• ERHARD HEXELSCHNEIDER

Willi Beitz (Hrsg.): Ralf Schröder (1927–2001). Das schwierige Leben eines bedeutenden Slawisten. Bd. 1. Leipzig 2003. 115 S., 11 Euro; Bd. 2. Winfried Schröder: Vom Reifen der Alternativen in der Tiefe – Ralf Schröders Lesarten der russischen und sowjetischen Literatur. Leipzig 2003. 223 S. 15,50 Euro; Bd. 3. Willi Beitz / Winfried Schröder (Hrsg.): Ralf Schröder – zu Leben und Werk. Leipzig 2005. 322 S. 23 Euro. Zu beziehen über Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e.V., Harkortstr. 10, 04107 Leipzig.

Ketzer und Renegaten

Mario Keßler hatte bereits am Ende der DDR Themen im Blick, die bislang nicht zulänglich erforscht worden waren oder als tabu galten. In mehreren Publikationen hat er sie behandelt. Eine Zusammenfassung wesentlicher Ergebnisse erfolgt in fünf Abschnitten mit den Überschriften: „Wandlungen im Antisemitismus“, „Kein Frieden in Nahost“, „Aufstieg und Niedergang des Stalinismus“, „Umstrittenes Erbe: Die DDR und ihre Historiker“ und „Radikale Lebensläufe.“ Leo Trotzki und Arthur Rosenberg – über diesen schrieb Keßler eine wissenschaftliche Biographie – spielen dabei eine besondere Rolle. In den Grenzen dieser Rezension sei nur auf zwei Probleme eingegangen: Unter der Überschrift „Zwei gegensätzliche Wege“ wird Rosenberg mit dem Historiker Franz Borkenau verglichen. Beide wandten sich als führende Kommunisten von der durch Stalin bestimmten UdSSR, Komintern und KPD Ende der zwanziger

Jahre ab. Während Rosenberg aber Kommunist und Marxist blieb, wurde Borkenau zu einem erbitterten Antikommunisten und -marxisten. Für die Charakteristik dieser „gegenständlichen Wege“ werden Analysen von Hannah Arendt und des Trotzki-Biographen Isaak Deutscher herangezogen. Arendt unterschied zwischen solchen Ex-Kommunisten, die sich schweigend zurückziehen, und jenen, die einen erbitterten Kampf gegen den Kommunismus und Marxismus zu führen beginnen. Diese hätten nur das Vorzeichen ihres Alleinanspruchs auf Wahrheit ausgetauscht. Das gelte für Borkenau. In einem analogen Sinne unterschied Deutscher zwischen Renegaten und Ketzern. So wird in Rosenberg ein Ketzer, in Borkenau jedoch ein Renegat gesehen. Rosenberg schwieg aber nicht. Er stellte vielmehr ohne Wahrheitsmonopol u. a. eine „Geschichte des Bolschewismus von Marx bis zur Gegenwart“ (1932) zur Diskussion, die noch heute

bedenkenswert ist, und wurde ein Lehrer von Walter Markov. Bei der Analyse der Selbstzeugnisse von Historikern der DDR hebt Keßler die Position hervor, die Helmut Bock als oppositioneller Staatsbürger und Historiker in der „bürgerlichen Demokratie“ der BRD einnimmt. Diese Position, die nicht nur Historiker bezogen haben, sei „vom Konvertitentum wie von Halsstarrigkeit gleichermaßen weit entfernt“ und eröffne „einen Funken Hoffnung“, eine Formulierung, die zum Buchtitel wurde. Unerörtert bleibt, ob aus diesem Funken einst die Flamme schlagen könnte. • WERNER BERTHOLD

Mario Keßler: Ein Funken Hoffnung. Verwicklungen: Antisemitismus, Nahost, Stalinismus. VSA-Verlag Hamburg 2004. 206 S., 16,50 Euro. Derselbe: Arthur Rosenberg: Ein Historiker im Zeitalter der Katastrophen (1889–1943), Böhlau Verlag Köln/Weimar/Wien 2003. 335 S., 39,90 Euro

NVA-Nachrichtendienst

Die Nationale Volksarmee der DDR unterhielt einen eigenen Nachrichtendienst. Er war der kleinste Geheimdienst der DDR, über den nur sehr wenig bekannt wurde. Seine aufklärerische Arbeit galt vor allem militärischen Fragen auf dem Gebiet der BRD. Das betraf vor allem die Aktivitäten der Bundeswehr und der militärischen Industrieproduktion sowie die Zusammenarbeit der Bundeswehr mit den Besatzungstruppen der NATO. Um die für die militärische Führung notwendigen Informationen zu erhalten, orientierte er sich anfangs auf die elektronische Aufklärung. Die entsprechenden Anlagen dafür befanden sich im Raum Dessau. In geringerem Maße wurde die sogenannte agenturische Aufklärung im Operationsgebiet betrieben. Um die dafür notwendigen Offiziere auszubilden, unterhielt die „Verwaltung Aufklärung“ die Aufklärerschule in Kletitz. Die Truppenaufklärung bei den Land-, Luft- und Seestreitkräften des

potentiellen Gegners stand dabei im Vordergrund.

Zum Ende der DDR führte die NVA auf dem Territorium der BRD 138 konspirative Mitarbeiter. Alle Unterlagen dieses Dienstes wurden 1990 vernichtet, glaubte Generalleutnant Alfred Krause, der letzte Chef des Nachrichtendienstes der NVA. Dennoch fanden sich im Archiv des MfS 72 laufende Meter Akten, die alle geheimen Aktivitäten des NVA-Dienstes offenlegten. Ein gefundenes Fressen für die Bundesanwaltschaft.

In einem gründlich recherchierten Buch hat Klaus Behling jetzt Licht in das Dunkel dieses Dienstes gebracht. Dazu waren jahrelange Recherchen, das Studium zahlreicher Publikationen und Gespräche mit Akteuren auf beiden Seiten erforderlich.

• FRANZ-KARL HITZE

Klaus Behling: Der Nachrichtendienst der NVA. Eulenspiegel Verlagsgruppe, edition ost, 2005. 272 S. 12,90 Euro



Lothar Warneke
geb. 15. 9. 1936 in Leipzig
gest. 5. 6. 2005 in Potsdam

„Kennen und schätzen gelernt habe ich Lolli, so nannten wir ihn liebevoll, 1978 auf der Leipziger Dok Woche. Weitere Begegnungen hatten wir auf den Spielfilmfestivals in Karl-Marx-Stadt“, schreibt uns unser Hamburger Korrespondent Karl-Heinz Walloch zum frühen Tod des DEFA-Regisseurs Lothar Warneke (Die Beunruhigung, Einer trage des anderen Last). 1990 fragte er ihn nach seinen Gedanken, Hoffnungen und Wünschen: „Ich glaube, dass außerordentliche Veränderungen vor uns stehen. Veränderungen, die einige Gefahren in sich tragen. Das heißt, dass die Marktwirtschaft den kulturellen Anspruch des Films zugrunde richten kann. Meine Wünsche und Hoffnungen gehen in die Richtung, dass Filme

Warnekes Hoffnung

als ein kultureller Prozess den Zuschauer begleiten, als eine Art Lebenshilfe. Und beim Denken hilft. Natürlich muss sich der DEFA-Film jetzt viel stärker auch dem internationalen Konkurrenzkampf stellen. Er muss auf andere Bedürfnisse und Wünsche des Publikums eingehen, aber er sollte sich eben nicht ausliefern.“

Wallochs Vermutung, dass es das letzte DEFA-Festival dieser Art sei, kommentierte Warneke folgendermaßen: „Ich glaube, dass alle heimlich denken, es wird das letzte gewesen sein. Verstanden noch einmal als eine kleine Mahnung an uns selbst, in

Zukunft nicht alles über Bord zu werfen. Vor allem auch eine Mahnung, dass wir mit diesem Betrieb, diesem DEFA-Studio auch eine über Jahrzehnte gewachsene Erfahrung von künstlerischer Zusammenarbeit geschaffen haben, die in irgendeiner Weise auch erhaltenswert ist. Auch das Dokumentarfilmstudio müsste weiter arbeiten können. Film ist nicht nur Unterhaltung. Film ist unser visuelles Gedächtnis. Gerade auch jetzt in der Situation des Umbruchs. Kino wird bleiben, aber ich möchte schon, dass es auch in Verbindung mit dem Namen DEFA geschieht.“

Nun – es ist anders gekommen, als von Lothar Warneke 1990 gehofft. Es bleiben persönliche Erinnerungen und seine Filme.

• M. Z.

KALENDERBLATT

Vor 60 Jahren

Gründung der CDU

Die CDU wurde am 26. Juni 1945 als eine bürgerlich-demokratische Partei mit antifaschistischen Grundpositionen und gesamtdeutschen Anspruch in Berlin gegründet. Ihre Mitglieder, die sich zuerst in verschiedenen Gründungskreisen zusammengeschlossen hatten, kamen aus unterschiedlichen politischen Richtungen. Einige hatten vor 1933 der Zentrumsparterie angehört, zu denen Andreas Hermes, Jakob Kaiser u.a. zählten. Aus der ehemaligen Deutschen Demokratischen Partei kamen Ferdinand Friedensburg, Ernst Lemmer, Otto Nuschke und Walther Schreiber. Andere entstammten dem protestantischen Lager und dem „Kampfbund Freies Deutschland“.

Der am 26. Juni 1945 veröffentlichte Gründungsauftrag der CDU, unterzeichnet von 35 Persönlichkeiten, verurteilte die Verbrechen des Faschismus, formulierte Grundsätze zur Gestaltung eines demokratischen Staates und gipfelte in einem ausdrücklichen Bekenntnis zum Frieden und zum Antifaschismus: „Wir geloben“, hieß es, „alles bis zum letzten auszutun, was dieses ungeheure Blutopfer und dieses namenlose Elend verschuldet hat, und nichts zu unterlassen, was die Menschheit künftig vor einer solchen Katastrophe bewahrt.“

Am 10. Juli erfolgte die Registrierung und Zulassung der CDU für die SBZ, am 22. Juli die Gründungskundgebung im Theater am Schiffbauerdamm in Berlin mit dem Aufruf zur demokratischen Erneuerung Deutschlands: „Versunken ist eine alte Welt, eine neue wollen wir bauen.“ An diesem Tag erschien auch die erste Ausgabe des Zentralorgans der CDU „Die Neue Zeit“, deren Verlagsleitung Otto Nuschke übernommen hatte.

Mit dem Beginn der antifaschistisch-demokratischen Reformen, die eine Veränderung der Eigentumsverhältnisse in der SBZ einschlossen, spitzten sich alle dieser Parteigründung innewohnenden Widersprüche zu. Am 8. Dezember wird der Aufruf der antifaschistischen Einheitsfront „Helft den Neubauern! An das werktätige Volk in Stadt und Land“ auf Betreiben von Kräften um Andreas Hermes und Walther Schreiber nicht unterzeichnet, weshalb dieser Aufruf nur mit den Unterschriften der KPD, SPD und LDPD erscheint. Im Ergebnis heftiger Auseinandersetzungen wurden am 19. Dezember 1945 Andreas Hermes und Walther Schreiber, gegen die die SMAD schwere Vorwürfe erhob, zum Rücktritt als Parteivorsitzende gezwungen. Am 14. Januar 1946 betraute der Gründerkreis Jakob Kaiser und Ernst Lemmer mit der vorläufigen Leitung der Partei.

Vom 15. bis 17. Juni 1946 fand dann in Berlin der 1. Parteitag der CDU der SBZ und Berlins statt. Unter dem Leitwort „Sozialismus aus christlicher Verantwortung“ versuchten führende Kreise der CDU um Jakob Kaiser, dem neuen Vorsitzenden der Partei, eine politische Strategie zu betreiben, die auf eine Konfrontation mit dem „klassenkämpferischen Marxismus“ zielte.

Ingesamt zeichnete sich ab, dass die ersten Jahre der Entwicklung der CDU im Osten Deutschlands mit außerordentlich schwierigen Klärungs und Differenzierungsprozessen verbunden waren, zumal sich zunehmend in den Westzonen Deutschlands eine für diesen Teil Deutschlands eigenständige CDU herauszubilden begonnen hatte.

• KURT SCHNEIDER

Der Weltfrieden ist noch längst nicht gesichert

Vor 60 Jahren wurde die Gründungskonferenz der UNO abgeschlossen

Am 26. Juni 1945 endete die Gründungskonferenz der Organisation der Vereinten Nationen in San Francisco – dort hatte sie am 25. April begonnen – mit der Unterzeichnung der Verfassung der Weltorganisation (UNO-Charta). Wenige Wochen nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges in Europa wurde in der fern vom Kriegsgeschehen und seinen Zerstörungen gelegenen US-Großstadt einem wichtigen historischen Gebot Rechnung getragen: Eine internationale Organisation zur Sicherung des Weltfriedens wurde gegründet, die besser funktionieren sollte als der Völkerbund, der nicht den Kriegsausbruch zu verhindern vermocht hatte. Die Gründung der UNO – die Satzung trat am 24. Oktober 1945 in Kraft, New York wurde UNO-Sitz – war eine Folge der im Zweiten Weltkrieg entstandenen Anti-Hitler-Koalition. Nach den Vorbereitenden Konferenzen in Moskau (1943), in Dumbarton Oaks (1944) und in Jalta (1945) nahmen an der Gründungskonferenz in San Francisco 50 Staaten teil, und zwar jene, die vor dem 1. März 1945 den Achsenmächten den Krieg erklärt hatten oder bereits die Deklaration der Vereinten Nationen unterzeichnet hatten. Dazu kam Polen, das wegen der Differenzen zwischen den USA und Großbritannien einerseits und der Sowjetunion andererseits zu diesem Zeitpunkt nicht über eine beiderseits anerkannte Koalitionsregierung verfügte. Zu den Gründungsmitgliedern gehörten auch die Ukraine und Belorussland in Würdigung der besonders schweren Opfer im Kampf gegen den deutschen Faschismus. 1945 bestand kein Zweifel an dem herausragenden Beitrag der UdSSR an der Niederringung der Aggressoren.

Was beinhaltete die UNO-Charta?

Grundsätze und Ziele sind:

1. Aufrechterhaltung des internationalen

Friedens,

2. Entfaltung freundschaftlicher Beziehungen zwischen den Nationen auf der Grundlage der Achtung des Prinzips der Gleichberechtigung und des Selbstbestimmungsrechts der Völker,

3. internationale Zusammenarbeit bei der Lösung internationaler Probleme ökonomischer, gesellschaftlicher, kultureller und humanitärer Natur.

Der Weltfrieden ist zu sichern durch Vermittlung und schiedsgerichtliche Entscheidungen, durch Beobachtung und Untersuchung von Konflikten, durch Entsendung von UN-Streitkräften, durch diplomatische, wirtschaftliche und militärische Sanktionen und durch Abrüstungsmaßnahmen.

Die Hauptorgane der UNO sind: die Generalversammlung mit mehreren Ausschüssen, der Sicherheitsrat – allein bevollmächtigt, für alle Mitgliedsstaaten verbindliche Beschlüsse auch mit Gewaltanwendung gegen einen Aggressor zu fassen und mit Vetorecht der fünf Großmächte, der Wirtschafts und Sozialrat, der Treuhandschaftsrat, der Internationale Gerichtshof und das Sekretariat, geleitet vom Generalsekretär.

Was bewirkte und bewirkt die UNO?

Der Völkerbund, gegründet nach dem



Ersten Weltkrieg, war im Hinblick auf die Friedenssicherung faktisch wirkungslos. In den ersten Jahren nach 1945 wurde die UNO unter Nutzung der damaligen Abstimmungsverhältnisse durch die USA häufig zu einer Maschinerie zu Gunsten ihrer politischen Interessen degradiert. Mit dem Anwachsen der Anzahl der Mitgliedsstaaten – im September 2000 belief sich ihre Zahl auf 189 – ließ sich das nicht auf Dauer fortsetzen. Während des Kalten Krieges und angesichts des Gleichgewichts des Schreckens in der internationalen Arena konnten manche für den Weltfrieden brisante Probleme bewältigt werden. Wichtige Ergebnisse waren der Atomteststoppvertrag 1963 und der Atomwaffensperrvertrag 1968. Einen Höhepunkt bildete die Unterzeichnung der Schlussakte der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa in Helsinki am 1. August 1975.

Am 18. September 1973 wurden die DDR und die BRD in die UNO aufgenommen. Damit war völkerrechtlich die Legitimation der DDR endgültig außer Frage gestellt. Das Gerede vom Unrechtsstaat DDR ist somit ad absurdum geführt.

Sechzig Jahre nach der Unterzeichnung der UNO-Satzung durch die damaligen Gründungsmitglieder hat sich die internationale Struktur wesentlich verändert. Nach dem Ende des Kalten Krieges ist der Weltfrieden noch längst nicht gesichert. Im Gegenteil. Die abenteuerliche Politik der Bush-Administration beschwor durch Missachtung der UNO und ihres Sicherheitsrates den Irakkrieg herauf, der faktisch andauert. Schon liegen weitere Länder, beispielsweise Iran, im Fadenkreuz des USA-Imperialismus. Sechzig Jahre nach der UNO-Gründungskonferenz bedarf es einer grundlegenden Reform der Weltorganisation, um den Herausforderungen des 21. Jahrhunderts begegnen zu können. Eine Stärkung des UNO-Sicherheitsrates ist bei der immens gestiegenen Anzahl der Mitgliedsstaaten und vor allem angesichts der brennenden aktuellen und strategischen Herausforderungen wohl durchaus angebracht. Ob die Bundesrepublik Deutschland dort einen ständigen Sitz erhalten sollte, ist eine nachgeordnete Frage.

• WINFRIED STEFFEN

Was sich hinter LEIPZIGER STRAßENNAMEN verbirgt (34)

Da der Stadtrat von Würzburg, Franks Heimatstadt, sich weigerte, eine Straße nach dem bekannten Schriftsteller und Nazigegner zu benennen, ließ ihm Leipzig ein Jahr nach seinem Tode zu seinem 80. Geburtstag am 4. September 1962 diese Ehre zuteil werden.

Leonhard Frank wurde 1882 als Sohn eines Schreinermeisters in Würzburg geboren. Nach der Schulzeit arbeitete er als Fahrradmechaniker, Industriearbeiter, Anstreicher, Klinikdiener, Chauffeur und begann als Dreißigjähriger zu schreiben. Sein erster Roman „Die Räuberbande“ (1914) war so wie alle seine Bücher und Erzählungen autobiografisch geprägt. Er gehörte zu den bedeutendsten epischen

Werken, die kurz vor dem Ersten Weltkrieg in Deutschland erschienen. Er wurde ein großer literarischer Erfolg. Als Kriegsgegner polizeilich verfolgt, emigrierte er 1915 in die Schweiz. Hier veröffentlichte er pazifistische Erzäh-

Leonhard-Frank-Straße

lungen, die 1919 im Sammelband „Der Mensch ist gut“ erschienen und für die er 1920 den Kleistpreis erhielt. Auch in den folgenden Büchern wurde Franks Eigenart sichtbar: immer auf das Wesentliche konzentriert, alle Nuancen zwischen Tragik und Komik ausschöpfend, poesievoll und immer wieder auf seine fränkische Heimat

bezogen.

1933 musste er als Hitlergegner emigrieren. In Frankreich dann interniert, gelang ihm die Flucht über Spanien und Portugal nach Amerika. Hier sagte er sich von jeglicher Politik los, fand jedoch nach

1945 in Amsterdam und ab 1950 in München wieder zu aktuellen Themen.

1948 veröffentlichte er seinen Roman „Mathilde“, einen der schönsten und ergreifendsten Romane zum Schicksal einer antifaschistischen deutschen Frau vor und während des Zweiten Weltkrieges. Man kann ihn als den wohl schönsten Frauenroman bezeich-

nen. Mit den Romanen „Die Jünger Jesu“ (1949), „Links wo das Herz ist“ (1952 / eine romanhafte Selbstbiografie) und „Michaels Rückkehr“ (1955) krönte er sein Lebenswerk.

Da er sich offen gegen die Remilitarisierung der BRD und die kapitalistische Gesellschaftsform äußerte und mit seinen Sympathien für die DDR nicht hinter dem Berg hielt, stand er gesellschaftlich in der BRD im Abseits. Seine Bücher erlebten in der DDR eine sehr hohe Auflage, und er war hier in den fünfziger und sechziger und Jahren einer der meistgelesenen Schriftsteller. 1952 erhielt er den Nationalpreis der DDR.

• DIETER KÜRSCHNER



Von
**KLAUS
HUHN**

Ich habe die Gesichter so mancher Leipziger Freunde vor Augen, die dem 6. Juli und der Sitzung des IOC in Singapur entgegenfieberten, um zu erfahren, wo die Spiele 2012 denn nun ausgetragen werden, und danach einmal mehr die bekümmerte Frage stellen dürften: „Und warum nicht Leipzig?“ Vor Tagen hatte eine der zahllosen Kommissionen des Internationalen Olympischen Komitees einen letzten „Prüfbericht“ vorgelegt, der in Singapur „Abstimmungshilfe“ liefern soll. Danach sind sich die Insider ziemlich sicher, dass Paris der Favorit sein dürfte. Wer bei dem Wettbüro-Riesen William Hill auf die französische Hauptstadt setzt, kann nur mit 1,25 Euro rechnen, wenn er einen Euro setzt. Um die Situation deutlich zu machen: Würde Moskau die Spiele bekommen, würden am Hill-Schalter 101 Euro für den Einsatz von einem gezahlt.

Einmal mehr soll daran erinnert werden, wie oft ich an dieser Stelle schon darauf verwiesen habe, dass sich die Wahl der Olympia-Schauplätze nie nach einer ähnlich soliden Regel vollzieht wie zum Beispiel die Vergabe eines Eckstoßes im Fußball. Zugegeben, auch da kommt schon mal Streit auf, aber der hält sich bekanntlich in Grenzen. Ganz anders bei Olympia. Allein die „Regel“, nach der die Spiele 2012 nach dem Asien-Ausflug 2008 vermutlich an eine europäische Stadt vergeben werden sollten, ist durch keine Klausel der olympischen Regeln zu begründen. Wäre dem wirklich so, hätte man längst eine „Erdteil“-Regel formulieren und in diesem Zusammenhang der Welt zum Beispiel auch erklären müssen, warum noch nie Spiele in Afrika stattfanden. Wer mir darauf ant-

worten wollte, dass dort vermutlich die „Voraussetzungen“ noch nicht gegeben sind, würde sich mit der Gegenfrage konfrontiert sehen, welche Wege das IOC denn unternahm, um die zu schaffen, denn reich genug ist das IOC.

Der Begründer der modernen Spiele, der französische Baron Pierre de Coubertin, hatte schon 1928 den ägyptischen König dafür gewonnen, in Alexandria Spiele auszutragen. Das damals eigens entstandene Stadion ist noch heute zu besichtigen und zeugt selbst

Kugel rollt.

In zahlreichen Kandidatenstädten haben sich inzwischen Dinge zugetragen, die die Leipziger zugegebenermaßen nachdenklich stimmen könnten. New York zum Beispiel hatte immer nur das freie Feld gezeigt, auf dem das Olympiastadion entstehen sollte. Jetzt stellte sich heraus, dass die Finanzierung wegen der finanziellen Misere der Stadt vom Staat New York getragen werden muss, dessen Hauptstadt bekanntlich Albany ist. Und die dort Regierenden sagten schlicht „No“, als sie mit dem Kostenantrag für das Stadion konfrontiert wurden. So schied New York aus. Für 24 Stunden zumindest, denn dann ließ das IOC wissen, dass man New York eine Ausnahme zubilligen würde. Das Versprechen, ein Stadion bauen zu wollen, würde in diesem Fall genügen ...

Ganz anders steht es um Madrid. Da munkelte man, es habe „schlechte Karten“. Niemand wusste, was gemeint sein könnte. Die spanischen Bewerber blieben gelassen und waren sicher, dass ihnen Ex-IOC-Präsident Samaranch über alle Hürden helfen würde. Der hatte immerhin die Spiele schon 1992 nach Barcelona geholt, was daran erinnerte, dass bei einer Wahl Madrids Spanien zum zweiten Mal innerhalb von zwanzig Jahren Olympiagastgeber sein würde.

Moskau geriet in dem Prüfbericht ins Hintertreffen, weil es einige Papiere in kyrillischer Schrift ausgefüllt haben soll. Eine handfeste Begründung war das wohl nicht. Vielleicht hatte niemand den Mut, daran zu erinnern, dass die Stadt erst 1980 Olympische Spiele veranstaltete ...

Blieben noch London und Paris. Der *Sunday Telegraph* orakelte: „Zwischen den Zeilen lesend, ist es erstaunlich, dass der Report kein einziges negatives Wort über Paris verlor.“

Bliebe die Frage: Sind noch Fragen?

Die Leipziger aber sollten drei Kreuze machen, dass sie Geld sparten, als sie schon so früh aus dem Rennen scherten. Ich gebe zu, dass einige dadurch auf einträgliche Jobs verzichten mussten, aber das steht in keinem Verhältnis zu den Schulden, die Olympia garantiert an der Pleiße hinterlassen hätte. Man erinnert sich: In Montreal, wo 1976 die Spiele stattfanden, zahlt man heute immer noch an den Kreditzinsen.

Sportkolumne

Die Wettbüros setzen auf Paris

noch nach fast 80 Jahren für den Elan, mit dem die Ägypter das Projekt damals verfolgten. Bis sich die Briten einschalteten und dem König zu verstehen gaben, dass nicht einmal ein Afrikanische Spiele in Alexandria zu denken sei, solange Großbritannien in Kairo das letzte Wort hat. Seit der Verstaatlichung des Suezkanals und dem faktischen Ende der britischen Herrschaft ist auch schon wieder ein halbes Jahrhundert vergangen, aber an Olympische Spiele war auch dann nicht zu denken, als sich Kapstadt bewarb. Kurzum: Die Bemühungen um Olympische Spiele bleiben ein Roulettespiel, dessen Croupier die nötigen Vorbereitungen getroffen zu haben scheint, wohin die

Am 3. Juni feierte Gerhard Zwerenz seinen 80. Geburtstag. Aus diesem Anlass lud die Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen am Sonntag, den 5. Juni, zu einer Podiumsdiskussion ins Mendelssohn-Haus zu Leipzig ein. Just in das Haus, in dem der junge Student Zwerenz logierte. Die Diskussion stand unter dem Leitmotiv „Die Pleiße, die Stadt und der Philosoph“. Zum 120. Geburtstag Ernst Blochs“. Rund 120 Interessierte kamen im überfüllten Versammlungsraum zusammen, um zu lauschen, was G. Zwerenz, W. Berthold, H. Seidel, S. Prokop, V. Caysa, K. Schwarzwald sowie die Blochschilder G. Urbach und R. Sperl zum Philosophen Bloch und zum Umgang mit ihm zu sagen hatten. Denn Ingrid und Gerhard Zwerenz hatten rechtzeitig zum 120. Geburtsjubiläum von Bloch ein dickes Buch „Sklavensprache und Revolte“ mit dem Untertitel „Der Bloch-Kreis und seine Feinde in Ost und West“ (Schwartzkopff Buchwerke Hamburg/Berlin 2004) vorgelegt.

Die gerade aus Moskau vom Studium zurückgekehrten Helmut Seidel und Gerhard Zwerenz lernten sich 1956 zufällig während eines Gespräches im Aufbauverlag mit Gerhard Harich kennen und saßen nun – 2005 – gemeinsam in einem Podium. Seidel würdigte in der Diskussion vor allem den Aufsatz Blochs über die Marxschen Feuerbachthesen. Er habe sich oft mit Bloch befasst, aber nicht alles verstanden. Der Historiker Werner Berthold als Pionier der Leipziger Geschichtswissenschaft berichtete darüber, welchen Eindruck und Einfluss

Gerhard Zwerenz und der Philosoph Ernst Bloch

Blochs auf ihn als jungen Studenten hatte. Dabei erzählte Berthold vom Kuriosum, dass Bloch Gutachter im Habilitationsverfahren seines späteren Gegenspielers in den philosophischen Auseinandersetzungen R. O. Gropp war. Bloch geißelte das ML-Grundlagenstudium als Schmalspurmarxismus und kritisierte, wie junge Lehrkräfte „abgerichtet wurden“. Bloch habe lange zu Stalin und zur Oktoberrevolution gestanden und erst mit dem XX. Parteitag der KPdSU schärfste Kritik geübt. Das zeigt, wie sehr der Titel des Buches von Zwerenz den Nagel auf den Kopf trifft. Auch Bloch hat sich in der Ambivalenz zwischen Sklavensprache und Revolte bewegt.

Die Mischung der Diskutanten zwischen jung und alt war erfrischend. So stellte die junge Konstanze Schwarzwald Ergebnisse ihrer erst jüngst von der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen mit einem Wissenschaftspreis bedachte Magisterarbeit vor. Darin arbeitete sie auf, wie zwischen 1985 und 1989 Studenten und Nachwuchswissenschaftler an der damaligen Sektion Philosophie der Leipziger Universität begannen, sich des Blochschen Erbes als kritische Autorität zu vergewissern, um jenseits aller Vorgaben

eigene Wege des Philosophierens in einer halböffentlichen Grauzone zu beschreiben. Mit der Herausgabe der Zeitschrift „Seminarum“ unterhalb der 100 Exemplare war es ohne Genehmigung möglich, diese mit Unterstützung der Direktion zu drucken. Schwarzwald würdigte Bloch in seinem existenziellen Selbstdenkertum und als autonom handelndes Subjekt unabhängig davon, in welchen Verhältnissen er lebt, was sich bei intellektuellen zuvörderst darin äußert, eine eigene Sprache zu finden – also jenseits der Sklavensprache zu agieren. Dass das auch Bloch nicht durchgängig gelungen ist, mag ihm nachgesehen werden. Menschlich, allzu menschlich!

Volker Caysa würdigte Blochs Philosophie zutreffend als säkularisierte Utopie, was den heutigen Papst J. Ratzinger damals zum Gegenspieler von Bloch an der Tübinger Universität auf den Plan rief und Bloch selbst als marxistischen Nietzscheaner. Menschen brauchen Utopien und Hoffnung! In Blochs „Geist der Utopie“ sei der sich selbst regierende Mensch zentral, und Utopie bei Bloch sei pragmatisch. Caysa forderte in Blochscher Tradition die Gründung eines Institutes zur Erforschung von Utopien an der Leipziger Universität.

Gerhard Urbach und Rudolf Sperl als Blochfreunde waren Weggefährten von Zwerenz während seiner Leipziger Zeit, wurden repressiert und in die materielle Produktion geschickt. Urbach betonte, dass Philosophieren bedeutet, Charakter zu zeigen. Die repressiven Eingriffe in seine Lebensbiografie tat Urbach als „historische Spesen“ ab und rief aus: Der Staatssozialismus war kein Sozialismus! Sperl, selbst auch in die materielle Produktion verwiesen, machte auf jene Mitstudenten aufmerksam, die nach Repressionen zum Teil tragische Entwicklungen bis zum Selbstmord genommen haben. Es ist das Verdienst von Gerhard Zwerenz, auf diese Seite des Lebens in der DDR hinzuweisen und solche Menschen immer wieder zu Wort kommen zu lassen. Wohl wissend, dass Verklärung des Vergangenen die Linke in die Irre führt. Die weitere Aufarbeitung der Zusammenhänge zwischen dem Leipziger Bloch-Kreis und dem Kreis der Berliner Gleichgesinnten um Harich in den 50er Jahren bereitet der Zeithistoriker Siegfried Prokop mit einer Publikation für 2006 vor. Wir sind darauf gespannt! Und Klaus Kinner schlug vor, eine Konferenz in der Rosa-Luxemburg-Stiftung vorzubereiten, die sich mit dem Jahr 1956 befassen sollte, offensichtlich das Jahr, in dem der politische Kurs in der DDR und den anderen osteuropäischen Ländern endgültig entschieden wurde.

• DR. MONIKA RUNGE
VORS. DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG SACHSEN

Es zählt nur höherer Mietzins

Wie LN schon berichtete, war OBM Tiefensee am 12. Mai zu einem Rundgang in Grünau. Ein kurzer Nachtrag zur Frage- und Antwort-Stunde im Kommhaus: Herr Tiefensee sagte, Grünau sei „schön und lebenswert“. Meinte aber dann, im Interesse eines stabilen Mietzinses (sprich Miete) sei weiterer Abriss unumgänglich. Die LWB mache hier den Vorreiter, da die anderen Wohnungsunternehmen sich aus der Verantwortung stehlen. Und: Zur Erhaltung des Stadtbildes habe die Rekonstruktion der innerstädtischen Jugendstilhäuser Vorrang. Auf die Frage, ob die LWB als städtisches Unternehmen nicht auch einen sozialen Auftrag habe, hieß es, man solle doch die abwägenden Handbewegungen nicht übersehen, aber zur Stabilisierung des Mietzinses – siehe oben – sei Abriss unumgänglich. An diesem Punkt sollte die Diskussion schon zu anderen Fragen übergehen, es wurde aber weiter zur Politik der LWB gefragt. Daraufhin wieder Allgemeinplätze und der Verweis auf den Mietzins.

Mit einer unverfänglichen Frage wollte Tiefensee die Diskussion beenden, doch die lief etwas aus dem Ruder, und der OBM verließ fluchtartig den Ort. Mein Eindruck: Der Wohnraum in Grünau ist einfach zu preiswert für die Begierde der LWB.

RITA ELEZOVIC, LEIPZIG

Die auf der POST-Seite von LEIPZIGS NEUE veröffentlichten Leserzuschriften können bei Wahrung ihres Sinnes gekürzt sein. Die geäußerten Standpunkte und Meinungen müssen nicht unbedingt mit denen der Redaktion übereinstimmen. Die Redaktion

Jochen Tannigel, der wegen seiner Lungenerkrankung dauerhaft im milden Atlantikküstenklima lebt, schrieb uns: „Meine Leipziger Basisgruppe sendet mir unter anderem Ausschnitte von *Leipzigs Neue hierher*. Ich lese sie mit großem Interesse und danke allen Mitarbeitern für ihre journalistische Arbeit.“ Einem Touristen gab er folgenden Beitrag mit.

Bundespräsident und Bundeskanzler würdigten den 8. Mai als Tag der Befreiung Europas von der Nazibarbarei. Beide traten dafür ein, die Verbrechen der Nazis nicht zu vergessen. Nachdrücklich würdigten sie die beginnende Versöhnung ehemaliger Feinde. Doch weder sie noch Presse und Fernsehen benannten die Ursachen für den 30. Januar 1933, für die folgenden Naziverbrechen, für den Terror gegen Andersdenkende, für die Manipulierung der deutschen Bevölkerung zur systematischen Kriegsvorbereitung, für die Eroberung und Ausplünderung der meisten Völker Europas, für den in der Menschheitsgeschichte

Versöhnen kann sich nur, wer die Ursachen der NS-Barbarei kennt

einmaligen Holocaust. Doch wer die Ursachen der NS-Verbrechen nicht benennt und anerkennt, kann sich nicht wirklich versöhnen.

Im Vorfeld des 60. Jahrestages der Befreiung lieferte das ZDF mit Filmbeiträgen von Prof. Dr. Knopp Beispiele dafür, wohin es führt, wenn man die Ursachen historischer Ereignisse ausklammert:

2003 strahlte der Sender die Stalingrad-Trilogie von Prof. Knopp aus. Sie zeigte eindrucksvoll die grausame Brutalität dieser Schlacht, klammerte aber Ursachen dieses Infernos weitgehend aus. Mit keinem Wort ging der Film darauf ein, dass Hitler mit einem Sieg in Stalingrad der Sowjetunion den Todesstoß versetzen und so den Weg zur Eroberung der Weltherrschaft freimachen wollte. Für dieses Ziel verheizte er

skrupellos die 6. deutsche Armee und trieb Zehntausende Verteidiger Stalingrads in den Tod. Mit dem Ignorieren der Kriegursachen stellte der Film den faschistischen Eroberungsfeldzug und die Verteidiger Stalingrads auf eine Stufe: „Der Sieg in Stalingrad war für Hitler ebenso wie für Stalin eine Prestigefrage. Deshalb trieben beide ihre Soldaten rücksichtslos in den Tod.“ So wird Geschichte verfälscht. Aus dem Sieg der Verteidiger Stalingrads, die die endgültige Wende des Zweiten Weltkrieges zur Befreiung Europas darstellt, wird ein Prestigeobjekt zweiter Diktatoren! Das gleiche Klischee bediente die ZDF-Sendereihe „Der Sturm auf Berlin“ vom selben Autor. In realistischen Bildern schilderte der Film den Häuserkampf um Berlin. Die deutschen Generäle und Offiziere wussten genau:

Der Krieg ist verloren. Trotzdem kapitulierten sie nicht, sondern zwangen Soldaten und halbe Kinder und Greise zu sinnlosem Widerstand und die Sowjetsoldaten zum blutigen Häuserkampf, sogar noch, als Hitler schon Selbstmord begangen hatte. Über dieses Verbrechen deutscher Offiziere spricht der Film nicht. Dafür wird der Eindruck erweckt, Verteidiger und Befreier Berlins trügen die gleiche Verantwortung für das sinnlose Versterben in den Ruinen von Berlin. Wer so denkt, für den gibt es keinen Tag der Befreiung! Das Potsdamer Abkommen der Siegermächte spielt in der bundesdeutschen Öffentlichkeit auch keine Rolle. Das lässt für die Geschichtsbetrachtung der Nachkriegszeit nicht Gutes erwarten.

JOCHEN TANNIGEL, AGADIR, MAROKKO

Unter der Ägide eines vor wenigen Wochen mit großer Mehrheit wiedergewählten Leipziger SPD-Oberbürgermeisters hat sich an der miserablen Lage der meisten seiner Wähler nichts Positives ereignet. Warum sie ihn trotzdem wählten, mag ihr Geheimnis bleiben; sicher sind viele enttäuscht, nicht aber ein gewisser Herr Thomas Severin, ein mit fürstlichen 785 300 Euro verabschiedeter Stadtwerke-Geschäftsführer. Nach nur rund anderthalb Jahren Tätigkeit darf er zusätzlich seinen Dienstwagen mit einem Schätzwert in Höhe von 40 000 Euro als nunmehrigen persönlichen Eigentum betrachten.

Angesichts der hohen Energiepreise in Leipzig, die zu den höchsten in Deutschland zählen, ist ein solcher „Umgang“ mit öffentlichen Geldern unverantwortlich. Sicher ist ein solches Verfahren in der kapitalistischen Gesellschaft nicht verboten. Man muss sich fragen, ob diese Art Manager überhaupt noch Anstand und Moral besitzen. Doch sie

Was ist noch dran an der SPD?

können sich eben nur so verhalten, weil die „demokratische“ Gesetzgebung es ihnen nicht verbietet. Umso mehr kümmern sich die Vertreter dieser Gesellschaft um die Zwangsmittel der von der sozialdemokratischen Regierung ins Leben gerufenen Hartz-IV-Gemeinschaft. Was ihnen an einem würdevollen Leben nach Artikel 1 des Grundgesetzes vorenthalten wird, gibt die „staatliche Gewalt“ bereitwillig und äußerst großzügig Managern, wie es nicht nur dieser sehr bedenkliche Vorfall beweist.

Ich frage mich, was in diesem heutigen Deutschland überhaupt noch demokratisch ist. Die Realität ist sehr weit entfernt von dem, was Demokratie darstellen soll. Selbst bei sehr großzügiger Auslegung sind erhebliche Zweifel angebracht.

Ich glaube, man kann dies auch so ausdrücken:

*Fest gemauert in der Erden
hat Dauerdasein manch Gesetz
zu Recht und Ordnung allenthalben.
All jene, die sich aufgestellt,
bleiben immerfort ganz oben,
sie hatten sich und Ihresgleichen
damit das Recht geschaffen,
Macht und Reichtum anzuhäufen.
Der großen Masse, die es ihnen
durch Arbeit möglich hat gemacht,
ziehen Politiker dann zum Dank
den letzten Euro aus den Taschen.
Die Mächtigen bestehn darauf.
Das ist rechtens durch Gesetz.
Es ist sozial und Fundament
einer modernen Demokratie,
die nur sie vermögen zu verstehen.*

SIEGFRIED MÜLLER, LEIPZIG

Dieses 2005 hat es in sich: Beim derzeitigen Hickhack um die vorgezogenen Bundestagsneuwahlen scheinen die Ereignisse um den 60. Jahrestag der Befreiung schon unendlich länger als ein Monat herzusein. Nun ja, die Herrschenden in diesen deutschen Landen glauben ihre Pflichtübung zum 60. Jahrestag absolviert zu haben. Man glaubt, längst wieder zur üblichen politischen Tagesordnung übergehen zu können. Nix da, sie werden uns durch Verbote nicht los! Die *Himmlichen Vier* (die antifaschistische künstlerische Aktion *Das Begräbnis oder Die Himmlichen Vier* sollte am 8. Mai in Anlehnung an ein Brecht-Gedicht im bzw. am Berliner Reichstag aufgeführt werden – LN 2'05 und 5'05) haben den deutschen Verhältnissen den Spiegel vorgehalten. Dabei haben sich die Zustände und die sogenannten Zuständigen in diesen deutschen Landen selbst entlarvt.

In unserer Pressemitteilung heißt es zum Verbot der *Himmlichen Vier*: „Was in Berlin ... stattfand, ist die Verkehrung des 8. Mai in sein Gegenteil, ist die Leugnung jeglicher Lehre aus dem Sieg über dem Faschismus. Es geht darum,

aber eben nicht nur darum, ‚wer zuerst da war‘ mit seiner Anmeldung ... Das Verbot der Antikriegsaktion *Das Begräbnis oder die himmlischen Vier* in Berlin ist ein politisches Verbot. Es geht nicht mehr um die einzelne Straße, den einzelnen Aufführungsort ...“

Der Senat zu Berlin hätte das Problem mit dem Fascho-Aufmarsch nämlich gar nicht erst gehabt, hätte er anerkannt, dass die *Himmlichen Vier* Erstanmelder waren. Zur Erinnerung: die Anmeldung der *Himmlichen Vier* erfolgte bereits im Oktober 2004, die der Nazis erst im November.

Fazit: Das Gedenken im Brechtschen Sinne war politisch nicht gewollt. Eigentlich nicht überraschend, wenn man sich bewusst macht, dass in der Köhler-Rede zum 8. Mai nicht ein einziges Mal das Wort Faschismus, geschweige denn Antifaschismus vorkam, dass in Sachsen und Brandenburg die Nazis in den Lan-

des- und Kommunalparlamenten sitzen. Unübersehbar: „Der Schoß ist fruchtbar noch, aus dem das kroch“.

„Die Welt wird auf Deutschland schauen an diesem Tag. Die Welt wird auf Berlin schauen“ – schrieb die Schauspielerin Eva Mattes an das Aktionsbüro. Mit dieser Meinung steht sie nicht alleine. Und damit stehen wir nicht alleine, wie es weitere Unterstützerschreiben zum Beispiel von Christa Wolf, H. Kant und der Lagergemeinschaft Auschwitz beweisen. Und weil die Ereignisse am 8./9. Mai keine Eintagsfliegen in diesen deutschen Landen waren und sind (siehe Mittenwald, siehe Leipzig, siehe Wunsiedel) bleibt es dabei: Wir kommen wieder, am 31. Juli/1. August, anlässlich des 60. Jahrestages der Unterzeichnung des Potsdamer Abkommens. Durch Verbote werden sie uns nicht los!

WEITERE INFOS SIEHE:
WWW.HIMMLISCHEVIER.DE

Kirche und Kapitalismus-Verlierer

Erfreulich, dass auf dem 30. Deutschen Evangelischen Kirchentag, der vom 25. bis 29. Mai in Hannover stattgefunden hatte, auch linke Gruppierungen, Aktivitäten und Initiativen vertreten waren.

Bei den Gesprächen, etwa am Stand der „ChristInnen für den Sozialismus“ (CfS), fiel vor allem auf, dass es diesmal nicht so sehr um die Frage ging „Christentum und Sozialismus – passt das zusammen?“ oder „ChristInnen für den Sozialismus – kann man das heute noch sagen?“ Vielmehr kamen Menschen mit ihren Sorgen und Nöten, die unter den Auswirkungen der Hartz-Regelungen zu leiden haben. So verwundert es nicht, dass sich zahlreiche Betroffene in ausliegende Protestunterschriftenlisten eintrugen. Manchmal war die Verzweiflung von Frauen oder Männern so tief, dass Standbetreuerinnen regelrechte seelsorgerische Gespräche führen mussten.

Es zeigt sich, dass sich in den Kirchgemeinden immer mehr Menschen sammeln, die nicht zu den Gewinnern der neoliberalen Spielart des Kapitalismus gehören.

H. GERATHEWOHL, LEIPZIG

Sie werden uns durch Verbote nicht los

Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e. V.

☎: 0341-9608531, Fax: 0341-2125877



VERANSTALTUNGEN

Donnerstag, 23. Juni, 17.30 Uhr, Leipzig
Bulgarien und Bulgaren in Reiseberichten aus vier Jahrhunderten. Mit Prof. Dr. Wolfgang Geier, Leipzig / Klagenfurt. In Zusammenarbeit mit der Deutsch-Bulgarischen Gesellschaft
 Harkortstr. 10

Freitag, 24. Juni, 19 Uhr, Dresden
Die PDS auf den Weg zur Bundestagswahl und ihr Verhältnis zur Partei „Arbeit & soziale Gerechtigkeit – Die Wahlalternative“. Mit Bodo Ramelow, PDS-Fraktionsvorsitzender im Thüringischen Landtag, Bundeswahlkampfleiter der PDS
 „WIR AG“, Martin-Luther-Str. 21

Dienstag, 28. Juni, 18.30 Uhr, Leipzig
 Vortrag und Diskussion *Frühromantik und Marxismus.* Mit Prof. Dr. Siegfried Bönsch, Leipzig
 Harkortstr. 10

Mittwoch, 29. Juni, 18.30 Uhr, Leipzig
 Vortrag und Diskussion: *Ein Moorsoldat erzählt.* Mit Prof. Dr. Hans Lauter, Chemnitz
 Klub Gshelka, An der Kotsche 51

Mittwoch, 29. Juni, 19 Uhr, Dresden
Nach der gescheiterten Föderalismusreform: Wie entwickeln sich die Bund-Länder-Beziehungen – Wettbewerbsföderalismus versus Solidaritätsföderalismus? Mit Benjamin-Immanuel Hoff, Mitglied der PDS-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus, Autor des Buches *Länderneugliederung – Ein Modell für Ostdeutschland*
 „WIR AG“, Martin-Luther-Str. 21

*** Die Veranstaltung wird gemeinsam mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Gesellschaftsanalyse und politische Bildung e. V. durchgeführt.

Die Veranstaltungen sind für jedermann offen

ISOR e. V.

Isor e.V. führt Beratungen für Rentner und angehende Rentner durch, die Mitarbeiter der bewaffneten Organe und der Zollverwaltung der DDR waren. Die Sprechstunden finden an jedem vierten Mittwoch des Monats von 16 bis 18 Uhr im Stadtteilzentrum Messemagistr. 10a, 04103 Leipzig, statt.

SZM

Stadtteilzentrum Messemagistr. 10a
 Straße des 18. Oktober 10a

16. 6., 19 Uhr: „... singt liebe Lieder“ – Konzert mit der Leipziger Volkssingakademie. Eintritt: 4,50 Euro

23. 6., 19 Uhr, Jüdische Woche: Steffi Böttger, Winfried Keindorf, Gottfried Kronfeld *Jüdische Mitbürger in Leipzig – „Überall in der Welt ist Fremde“* – Hans Natonek / Joseph Roth. Eintritt: 4,50 Euro

16. 6., 16 Uhr, Theaterpremiere der Kinder- und Jugendtheatergruppe des SZM: *Ach, was muss man oft von bösen Kindern hören oder lesen ...* Szenen von Wilhelm Busch. Eintritt: 3 Euro

EU-Verfassung im Disput

Das Leipziger Erwerbslosenzentrum (LEZ) in der Zschoscherschen Str. 48 A (Elsterpassage) bietet allen Interessierten die Gelegenheit, ihre Meinung über die Verfassung der Europäischen Union einzubringen. In einer Informationsveranstaltung am **6. Juli, 10 Uhr**, spricht und diskutiert der Historiker Dr. Keith Barlow, Mitglied des PDS-Stadtvorstandes, im LEZ über den Verfassungsentwurf und Erwartungen an eine soziale und menschenwürdige Politik in Europa. Um Anmeldung vor Ort oder unter 0341/9614121 wird gebeten.

BUCHHANDLUNG RIJAP

Literatur für SIE

Im Juni neu bei uns:

Rüdiger Liedtke: *Wem gehört die Republik 2005? Namen, Zahlen, Fakten.* Eichborn, 24,90 Euro

Ingrid Zwerenz, Gerhard Zwerenz: *Sklavensprache und Revolte.* Schwarzkopf Buchwerke, 15 Euro

Genauso hat es damals angefangen. Ein Erich-Weinert-Lesebuch. Herausgegeben vom Literaturbüro Sachsen-Anhalt, 20 Euro

Wir beschaffen jedes lieferbare Buch.

Wir liefern in Leipzig frei Haus! In alle anderen Orte Sachsens für geringes Porto!

Bestellen Sie per Telefon, Fax oder Internet
 ☎ 0341 - 9 11 01 70, Fax: 0341 - 9 11 01 71
 www.buchhandlung-rijap.de

In Leipzig finden Sie uns in der

Filiale Axispassage

04159 Georg-Schumann-Str. 171

Filiale Eutritzscher Zentrum

04129 Wittenberger Str. 83

Filiale Büchermarkt Mockau Center

04357 Mockauer Str. 123

Wir gratulieren auf das Herzlichste unserer Genossin

Erika Schulz, die am 22. Juni ihren 75. Geburtstag feiert.

Die Genossinnen und Genossen der PDS-Basisorganisation Lößnig II

Theatrium

Leipzig, Miltitzer Allee 52

25. und 26. 6., 20 Uhr, Klinger-Gymnasium: *Kopf oder Zahl – o. T.* – Jugendtheaterprojekt (P 13)
1. 7., 20 Uhr, *Der Page* – Jugendtheaterprojekt (P 15)

Stadtbibliothek Leipzig

Wilhelm-Leuschner-Platz

Ausstellungen:

Musikerporträts aus den Sammlungen der Leipziger Musikbibliothek. Ausstellungsfoyer, 1. Etage
Was ist sozial? Karikaturenausstellung, Oberlichtsaal, 2. Etage

Ich sehe was. Was siehst DU? Arbeiten von Studentinnen der Kunstpädagogik. Kinderbibliothek

Wem der große Wurf gelungen ... Zum 200. Todestag von Friedrich Schiller. Literaturarchiv

Veranstaltungen:

20. 6., 19.30 Uhr, Bereich Geisteswissenschaften, 1. Etage: *Die Mütze des Literaten.* Zum 70. Geburtstag von Hubert Witt

23. 6., 18 Uhr, Bibliotheksgeschichtliches Kabinett, 4. Etage: *Reise durch China – das Reich der Mitte bei Karl May und heute*

29. 6., 10 Uhr, Kinderbibliothek, Erdgeschoss: *Geschichte vom kleinen Maulwurf.* Für Kinder von 3 bis 6 Jahren

Multikulti am Connewitzer Kreuz

Am 4. Juni fand im Leipziger Süden auf dem Gelände von „Werk II“ wieder das alljährliche multikulturelle Straßenfest der Gesellschaft für Völkerverständigung mit Unterstützung des Ausländerbeauftragten der Stadt Leipzig und der Sparkasse Leipzig statt. Diesmal traten eine russische Tanz- und Gesangsgruppe sowie Chöre aus Moldavien und der Ukraine und die Kampfsportgruppe „Bao Trieu“ aus Chemnitz auf. Begeisterung erntete die Kindertanzgruppe des Vietnamesischen Vereins mit ihren origi-

nellen Darbietungen. Erfreulich auch der Auftritt der Tänzer des Deutsch-Griechischen Vereins, die am Ende alle Gäste zum Mitmachen einluden. Ein Piroggenbäcker sorgte für das leibliche Wohl. Ein gelungener Nachmittag, der die Gesellschaft für Völkerverständigung den Leipzigern ein wenig näher gebracht hat. Am **3. September** wird wieder das multikulturelle Sommerfest auf dem agra-Gelände in Markkleeberg stattfinden, wozu alle herzlich eingeladen sind.

RITA ELEZOVIC

Konzern-Sponsoring über die Werbung?

Das funktioniert bei einem linken Blatt aus beiderseitiger Abneigung nicht. Alljährliche Preiserhöhungen muten wir Ihnen nicht zu.

Finanzieren müssen wir uns dennoch!

SPENDEN an:

Projekt Linke Zeitung e. V., Sparkasse Leipzig, Konto: 11 50 11 48 40 – BLZ 860 555 92, Kennwort: Spende für LN

Übrigens: LN ist auch ein prima Geschenk für Freunde, Bekannte, Nachbarn ...

Bestellschein

LIEFERANSCHRIFT:

Name, Vorname

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort

evtl. Telefon

RECHNUNGSANSCHRIFT

(nur extra auszufüllen, wenn dies ein

Geschenkabonnement ist

Name, Vorname

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort

Das Halbjahresabonnement kostet 13 Euro.

Solidaritätspreis: Ich möchte LEIPZIGS NEUE unterstützen und zahle zum Halbjahrespreis von 13 Euro zusätzlich 5 Euro.

Ausgefüllten Bestellschein bitte an

LEIPZIGS NEUE, Braustraße 15, 04107 Leipzig schicken

Die Zeitung erscheint vierzehntäglich und wird über die Post zugestellt. Das Abonnement verlängert sich jeweils um ein halbes Jahr, wenn ich es nicht bis 1 Monat vor Bezugsende in der Redaktion kündige.

Ich bitte um Rechnung
 Ich bezahle durch Bankeinzug

Geldinstitut

BLZ

Kontonummer

Kontoinhaber

Datum, 1. Unterschrift des Auftraggebers

Ich kann diese Bestellung innerhalb von 10 Tagen nach Absendung (Datum Poststempel) widerrufen.

2. Unterschrift des Auftraggebers

Detlev Dohle

Alice im Merckelland

Nun jubelt mal ordentlich, ihr Frauen, denn Gutes widerfährt euch! So sieht es jedenfalls Alice Schwarzer, die Angela Merkels Kanzlerkandidatur als einen zwar späten, aber nicht zu übersehenden Sieg weiblicher Emanzipation feiert: „Für das Volk ist die Zeit reif für einen weiblichen Kanzler.“

Doch wer ist hier das Volk? Zuerst wohl das Parteivolk von CDU/CSU in seinen Spitzengremien, wobei sich viel darüber sagen lässt, was alles in diesem Reifeprozess so an Interessenlagen und Eifersüchteleien, an Zwistigkeiten und Kulissenschiebereien, enthüllten und nichtenthüllten Skandalen mitgespielt hat. Ohne Zweifel hat die von Herrn Schröder durchgezogene Regierungspolitik das so beschleunigt, dass Notreife kein verkehrtes Wort ist.

Eine Frau in der Sphäre der Macht hat es schwer. „Ja, sie muss 200-prozentig alles können, was Männer können“, seufzt Alice. Wir streiten da nicht über Prozentsätze und geben Frau Schwarzer recht. Wer als Frau an die Spitze will, muss etwas draufhaben, etwas mehr als dieser oder jener Mann. Da geht es aber nicht um edel, hilfreich und gut, denn wir sprechen hier von Machtpolitik. Dabei sind zu viele Skrupel hinderlich.

Das verdeutlicht ein Blick in die Geschichte. Sophie Friederike Auguste von Anhalt-Zerbst konnte als Zarin Katharina II erst dann unumschränkt über ihr Russenreich herrschen, als ergebene Helfer den unbehaglichen Zarengemahl liquidierten. Das ist natürlich ein völlig abwegiger Vergleich, denn Angela aus Mecklenburg-Vorpommern kann heutzutage bei ihrem Aufstieg zur Macht Probleme weitaus eleganter lösen.

Immerhin wird auch Bildzeitungslesern aufgefallen sein, wie dieser oder jener aus der Personage im Dunstkreis der Merkel abtreten muss, denn wer zu groß wird, wird gefährlich. Hier rechtzeitig Vorsorge zu treffen, hat Angela von ihrem politischen Ziehvater Kohl gelernt und wohl auch Herrn Schröder manches abgeschaut. Wir werden so des Wunders teilhaftig, dass Kritiker langsam verstummen

und sogar zu Unterstützern werden.

Ein Schauspiel der besonderen Art erlebten wir zur letzten Bundestagswahl. Frau Merkel zierte sich nicht und ließ Edmund Stoiber den Vortritt. Das hat sich ausgezahlt, denn nach seiner Wahlniederlage kommt der machtgeile bayerische Ministerpräsident nicht mehr für deutsche Kanzlerschaft in Frage. Wenn das mehr als ein Zufall war, dann Respekt für dieses Kabinettstück! Dem Konkurrenten goldene Brücken bauen, wenn er im Begriff ist, einen Fehler zu machen – sehr beachtlich.

Wenn im Herbst die Blätter fallen und Angela Merkel tatsächlich einer Regierung vorsitzt, weil zu viele die Linke links liegen lassen und sich auf eine Wahl zwischen Pest und Cholera eingelassen haben, ahnen wir, was kommen könnte: Alles einen Zahn schärfer, brutaler, rücksichtsloser, als wir es jetzt erleben. Darüber wird auch im gegenwärtigen Wahlkampf von ihr und ihren Getreuen kaum ein Geheimnis gemacht. Zwar erhebt dieser und jener Wahlkämpfer die Forderung nach Abmilderung allzu unsozialer Reformexzesse der gegenwärtigen Regierung, dennoch wird Frau Merkel kaum in die Lage kommen, angesichts gebrochener Versprechen ständig nach dem Motto „Was interessiert mich mein Geschwätz von gestern?“ zu agieren.

Eine englische Zeitung nannte Angela Merkel kürzlich die künftige deutsche Margaret Thatcher. Das könnte sich bestätigen, zumal sich die Merkel bei der Begründung von zu erwartenden weiteren sozialen Grausamkeiten mit Sicherheit an das von der eisernen Lady entwickelte Tina-Prinzip halten wird („There is no alternative!“) – die vorgebliche Alternativlosigkeit, die uns seit Schröders Machtantritt täglich zugeflüstert wird.

Wenn Alice Schwarzer den Frauen suggerieren möchte, dass ihnen mit Angela ein Engel erfolgreicher weiblicher Emanzipation erscheint, ist höchstes Misstrauen angesagt, denn die Politik der CDU wird auch nach der nächsten Wahl alles anders als frauenfreundlich sein und emmanzipationswillige Wählerinnen könnten ihr blaues Wunder erleben.

STREIT SCHWELT, landauf, landab. Konjunktur für die Rechtsanwältinnen, die auch schon begonnen hatten, über die dürftige Auftragslage zu maulen, und nun wieder optimistischer in die Zukunft blicken können. Im Thüringer Wald erzählte man uns von einem handfesten Zank in Sonneberg. Wir wollten nicht glauben, was wir da erfuhren. Irgendwann wollte die Bäder-GmbH am Bäderbecken eine große Party feiern und damit richtige Stimmung aufkommt, hatte sie 2700 Flaschen Pfeffi bei der Herstellerfirma geordert. Wir staunten, denn damit ließen sich ja Heerscharen alkoholisieren. Die Flaschen wurden geliefert – aber nie bezahlt. Jetzt haben die Pfeffi-Hersteller die Bädertruppe in Meiningen gerichtlich aufgefordert, Insolvenz anzumelden. Die zuständigen Sonneberger kringelten sich vor Lachen, aber die Likörhersteller beantworten die Frage, was sie bewegen habe, diese Insolvenzklage einzureichen, mit dem Hinweis, dass eine normale Klage angesichts der zahllosen anstehenden Verfahren zu lange dauern würde. Die Sonneberger berufen sich darauf, dass die Pakete mit den nie angetrunkenen Likörflaschen jederzeit abgeholt werden können, aber daraus wurde bisher nichts. Niemand weiß genau warum und nun sollen die Richter in Meiningen den gordischen

Auf der Spur des Rechtsstaates

Wanderungen durch Neufünfland

Likörknoten zerschlagen.

NAHE BEI in Zella-Mehlis lagen die Dinge ganz anders. Viel ärger, meint der Wanderer. Dort hat man der CDU untersagt, im Rathaussitzungsraum zu feiern. Es steht geschrieben, dass Parteien und politische Interessengemeinschaften kein Nutzungsrecht besitzen. Das hätte man ja vielleicht noch regeln können, aber als ich erfuhr, was dort gefeiert werden sollte, platzte mir der Kragen: „60 Jahre CDU“. Zwar hatte man flugs noch „und 15 Jahre Einheit“ hinzugefügt, aber das annullierte doch nicht den Tatbestand, dass hier wohl an Otto Nuschke erinnert werden sollte und andere Größen der DDR-CDU, denn wie wollte man die 60 Jahre feiern, ohne an die Blockpartei zu erinnern? Das fehlende Nutzungsrecht verhindert das glücklicherweise, aber ich werde mich umhorchen, wo die Fete nun stattfinden soll.

WIR STIEFELTEN in den Norden,

träumten von Stränden und gerieten gleich wieder in den Dschungel der Paragraphen. In Negast haben sie den Chef der Ortsfeuerwehr auch ohne jeglichen Brand gefeuert. Der engagierte einen Rechtsanwalt und nun wird dort Rechtsstaat gespielt. Das Streitobjekt sind 52 Bäume. Die hat die Feuerwehr mit der Säge weggeräumt und sich dafür 1800 Euro in die „Kameradschaftskasse“ zahlen lassen. Schwarzarbeit? Oder Kompetenzüberschreitung? Man wird sich damit beschäftigen. Die Behauptung, es sei ein Freizeitvergnügen der Feuerwehr gewesen, wurde widerlegt: Ein knallrotes Feuerwehrauto war gesehen worden! Der Rechtsstaat wird das klären.

BEDENKLICH ABER IST, dass er dagegen in Ribnitz-Damgarten nicht eingreifen wird. Dort hatte der Landkreis Nordvorpommern die Müllbeseitigung neu ausgeschrieben und danach eine Firma aus dem fernen Herford engagiert. Der bisherige Müllentsorger schließt seinen Betriebshof und bietet den dort bislang Tätigen „Änderungsverträge“ an: Jobs in Neubrandenburg und Bad Doberan. Nicht gerade gleich vor der Tür. Also: Ab in die Arbeitslosigkeit. Und dabei hatten die Kollegen versprochen, künftig auf Urlaub zu verzichten und unbezahlt länger zu arbeiten. Wie gesagt: Denen wird der Rechtsstaat kaum helfen können. • **KLAUS HUHN**

64001 DP AG Postvertriebsstück Gebühr bezahlt
Projekt Linke Zeitung e. V., Braustraße 15, 04107 Leipzig

FUNDSACHEN

Wenn auf Kinderspielplätzen ein bestimmter Lärmpegel überschritten wird, können sie nach Beschwerden von Anwohnern geschlossen werden. So sind in der letzten Zeit in München zahlreiche Spiel- und Bolzplätze verschwunden. Bayerisches Fernsehen 19. 5.

Die BRD hat in den letzten Jahren in Usbekistan für zwei Milliarden Euro investiert. Es gibt viele deutsch-usbekische Firmen. Im Jahr 2000 wurde eine Munitionsfabrik aus der BRD in das Land geliefert. Außerdem bildet die BRD usbekische Offiziere aus.

Chodorkowski hat sein Unternehmen für 300 Millionen Dollar vom russischen Staat geliehen bekommen. Jetzt wollte er es für 40 Milliarden Dollar an einen US-Konzern verkaufen. Damit hätten die USA die Kontrolle über einen Teil der russischen Erdöl- und Erdgasindustrie bekommen.

Beides ARD 19. 5.

Das französische Parlament hat zu später Stunde vor fast leeren Bänken ein Gesetz erlassen, nach dem die französische Kolonialpolitik als zivilisatorische Großtat gepriesen wird. U. a. soll der Geschichtsunterricht darauf

ausgerichtet werden. Frankreich soll wieder stolz auf die Kolonialzeit sein.

Mehr als 1000 Intellektuelle und Historiker fordern, dieses Gesetz sofort wieder aufzuheben.

3sat 23. 5.

Es ist paradox. In der BRD wird z. B. für Babywindeln und Arzneien eine Mehrwertsteuer von 16 Prozent erhoben, für Katzenfutter und viele Süßigkeiten eine Steuer von 7 Prozent.

ARD 26. 5.

Es gibt eine Bevölkerungsschicht, die wird von Stadtplanern A-Schicht genannt: Arbeitslose, Asoziale, Asylanten.

DLF 26. 5.

Die BRD hat bereits den Status einer Pseudodemokratie erreicht. Der Bundespräsident hat vor kurzem wieder gefordert, geplante Gesetze erst einmal denen vorzulegen, die etwas davon verstehen – nämlich der Wirtschaft, den Konzernen.

Die Ideen für die Agenda 2010 und für Hartz IV wurden z. B. von der Bertelsmann-Stiftung entwickelt. Gegen Bertelsmann geht in Europa nichts mehr.

DLF 27. 5.

• GEFUNDEN VON
MANFRED ERBE

Kein Hauch ohne Steuer

• REINHARD LOCHNER



Herausgeber: Projekt Linke Zeitung e.V., V. i. S. P.: Rahel Springer

Redaktion: Braustraße 15, 04107 Leipzig, Tel./Fax: 0341 / 21 32 345
E-Mail: leipzig_neue@t-online.de
Internet: www.leipzig-neue.de
Einzelpreis: 1 Euro, im Abonnement halbjährlich (für 13 Ausgaben): 13 Euro

Vertrieb, Abonnement, Abrechnung: Ralf Fiebelkom, Büro- und Verlagsservice, Gärtnerstraße 113, 04209 Leipzig
Tel./Fax: 0341 / 21 32 345

Anzeigen, Werbung: BERGdigital, Hans-Jürgen Berg, Oststraße 39, 04420 Markranstädt
Tel.: 034205/18 010, Fax: 034205/18 062
E-Mail: bergpr@web.de

Druck: Rollenoffset-Kiel GmbH

Einzelne Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos wird nicht gehaftet.

Redaktionsschluss dieser Ausgabe:

13. Juni

Die nächste Ausgabe erscheint am

1. Juli

Spendenkonto für Projekt Linke Zeitung e. V. bei der Sparkasse Leipzig, BLZ: 860 555 92, Konto: 11 50 11 48 40